Ligante

Fachdebatten aus der
Präventionsarbeit

Radikalisierungs-faktor soziale Ungleichheit?

Ausgabe #3

Grundlagen des Spannungsfeldes zwischen sozialer Ungleichheit und Radikalisierung 8

Ungleichverteilung von Gütern 20

Umgang mit sozialer Ungleichheit im Kontext von Radikalisierungen 32

BAG RelEx

Bundesarbeitsgemeinschaft
religiös begründeter Extremismus e.V.

Radikalisierungs-faktor soziale Ungleichheit?

Disclaimer

Die in der Schriftenreihe *Ligante* veröffentlichten Artikel spiegeln nicht zwangsläufig die Meinungen der BAG RelEx wider. Die in der *Ligante #3* veröffentlichten Artikel dürfen weder in Gänze noch in Teilen ohne ausdrückliche und schriftliche Einwilligung durch die Koordination der BAG RelEx verwendet oder veröffentlicht werden.

Inhalt

Einleitung 6

Grundlagen des Spannungsfeldes zwischen sozialer Ungleichheit und Radikalisierung 8

Was ist soziale Ungleichheit? 9
Klassen, Kulturen, Kapital und Habitus
Prof. Dr. Boike Rehbein

Arm, frustriert, extrem? 15
Soziale Ungleichheit als Baustein von Radikalisierungsprozessen
Prof. Peter R. Neumann

Ungleichverteilung von Gütern 20

(Un-)Sichere Räume? 21
Humangeografische Perspektiven auf Marginalisierung und Radikalisierung im städtischen Kontext
Dr. Britta Elena Hecking

Die Erzählung von der Leistungsgerechtigkeit 27
Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf den Bildungs(miss)erfolg
Axel Schurbohm

Umgang mit sozialer Ungleichheit im Kontext von Radikalisierungen 32

Arm und radikal? 33
Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf Hinwendungsprozesse zum religiös begründeten Extremismus
Dr. Vera Dittmar und Alexander Gesing

Soziale Ungleichheit in Ansprache und Ideologie islamistischer Gruppen 40
Eine Analyse am Fallbeispiel der Hizb ut-Tahrir
Matthias Bernhard Schmidt und Sven-Jonas Martiensen

Radikalisierungsfaktor soziale Ungleichheit? 44
Rückblick und Implikationen für die zivilgesellschaftliche Extremismusprävention
Charlotte Leikert

Über die BAG RelEx 48

Die BAG RelEx 49

Wer macht was und wo? 50

Impressum 54

Einleitung

Liebe Leser*innen,

die *Ligante* haben wir 2018 ins Leben gerufen, um die Debatten, die in unserem Fachbereich geführt werden, und die Themen, die wir als BAG RelEx anstoßen, einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Das Wort *Ligante* ist Esperanto und bedeutet *Verknüpfung*. Genau an dieser Stelle setzen wir an: Wir vernetzen nicht nur Expert*innen innerhalb der zivilgesellschaftlichen Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus, sondern stellen auch Verbindungen zu anderen Arbeitsbereichen, Netzwerken und Institutionen her.

Unser Anliegen ist es, den Arbeitsbereich Prävention gegen religiös begründeten Extremismus zu fördern, und wir freuen uns in diesem Kontext immer, uns mit neuen Themen auseinanderzusetzen. Die Frage nach möglichen Hintergründen von Radikalisierungsprozessen ist dabei eine der zentralen Fragen, die unseren Arbeitsbereich beschäftigen. In Wissenschaft und Praxis werden diverse Einflussfaktoren für eine mögliche Radikalisierung erforscht, beobachtet und diskutiert. Mögliche Folgen und Auswirkungen sozialer Ungleichheit werden dabei bisher nur bedingt in den Blick genommen. Aus diesem Grund widmen wir uns in der dritten Ausgabe der *Ligante* dem potenziellen Zusammenspiel sozialer Ungleichheit und Radikalisierung im Kontext von religiös begründetem Extremismus.[1] Dazu haben wir verschiedene Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis eingeladen, sich dem Themenkomplex aus verschiedenen Perspektiven zu nähern.

In der Diskussion um mögliche Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf Radikalisierung ist es uns ein Anliegen zu betonen, dass soziale Ungleichheit an sich problematisch ist und nicht erst problematisch wird, wenn sie in diesem Zusammenhang thematisiert wird. Wir erachten es jedoch für unseren Arbeitsbereich als essenziell, den Blick für die Auswirkungen sozialer Ungleichheit zu schärfen. Dabei wollen wir die Auseinandersetzung mit Verschränkungen von Radikalisierungsfaktoren anregen, die oftmals hinter anderen Diskussionen zurückzubleiben droht. Die Analyse sozialer Ungleichheit und ihrer Folgen ermöglicht es uns auch, Forderungen auf einem neuen Gebiet zu formulieren. Sie gibt uns zudem die Möglichkeit, die Debatte um Radikalisierungsprozesse weg von populistischen und oftmals (latent) rassistischen Debatten um vermeintliche kulturelle oder religiöse Identität hin zu sachlicheren und zielführenden Diskussionen zu führen.

1 Der Thematik haben wir uns ebenso an unserem Fachtag „Radikalisierungsfaktor soziale Ungleichheit?“ im Oktober 2020 gewidmet.

Das Zusammenspiel zwischen zwei so komplexen Themenbereichen kann man nur dann adäquat untersuchen und beschreiben, wenn man auf ein gemeinsames Verständnis beider Begriffe zurückgreifen kann. Daher bildet der Artikel von Prof. Dr. Boike Rehbein (Humboldt-Universität zu Berlin) den Auftakt. Er vermittelt ein grundlegendes Verständnis des komplexen Konzepts der sozialen Ungleichheit. Dabei erläutert er die verschiedenen Dimensionen desselben und zeigt, dass sich soziale Ungleichheit nur historisch und multidimensional verstehen lässt. Zudem beschreibt er ihre Entstehung und Funktionsweise in kapitalistischen Gesellschaften. Prof. Peter R. Neumann (King's College London) stellt den Transfer zwischen den Forschungsgebieten her und erläutert einzelne „Bausteine", die in einem Radikalisierungsprozess von Bedeutung sein können. Das zweite Kapitel der *Ligante* beleuchtet mögliche Auswirkungen struktureller Ungleichheiten anhand zweier Beispiele: Dr. Britta Elena Hecking (KIgA e. V.) untersucht aus humangeografischer Perspektive, inwiefern soziale Ungleichheit auf die Zusammensetzung von Sozialräumen wirkt und wie sich soziale und geografische Positionen gegenseitig beeinflussen. Die potenziellen Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf den Bildungs(miss)erfolg diskutiert Axel Schurbohm (BAG RelEx). In seiner Analyse skizziert er unter anderem die Herausforderungen der Jugendphase und die Bedingungen, die Schüler*innen aufgrund unterschiedlicher Startbedingungen haben.

Im dritten Kapitel steht die pädagogische Praxis im Fokus und es werden weitere Auswirkungen von und ein möglicher Umgang mit sozialer Ungleichheit im Kontext von Radikalisierungsprozessen thematisiert. Dr. Vera Dittmar und Alexander Gesing (IFAK e. V., Beratungsnetzwerk Grenzgänger) verknüpfen in ihrem Artikel theoretische wie lebensweltliche Perspektiven auf soziale Ungleichheit mit ihren Erfahrungen aus der Tertiärprävention im Bereich islamistischer Extremismus. Im darauffolgenden Artikel richten Matthias Bernhard Schmidt und Sven-Jonas Martiensen (BIG e. V., Kamil 2.0) den Blick auf extremistische Gruppierungen selbst. Am Beispiel der Hizb ut-Tahrir diskutieren sie das Aufgreifen sozialer Ungleichheit und ordnen es in die Ansprache und Ideologie der Gruppe ein. Abschließend skizziert Charlotte Leikert (BAG RelEx) die Handlungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Träger. Dabei greift sie Stimmen aus den Mitgliedsorganisationen der BAG RelEx auf und gibt einen Ausblick.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Die Koordination der BAG RelEx
Dezember 2020

Grundlagen des Spannungsfeldes zwischen sozialer Ungleichheit und Radikalisierung

Was ist soziale Ungleichheit?

Klassen, Kulturen, Kapital und Habitus

Prof. Dr. Boike Rehbein, Humboldt-Universität zu Berlin

Wenn von Ungleichheit die Rede ist, werden normalerweise Daten aus dem Bereich der Wirtschaft präsentiert. Sie beziehen sich meist auf Einkommen, manchmal auch auf Berufe oder Vermögen. Dieser Ansatz macht es unmöglich, Ungleichheit zu verstehen. Um Ungleichheit zu verstehen, müssen wir ihre unterschiedlichen Dimensionen über einen längeren Zeitraum hinweg betrachten. Wir müssen uns mit *sozialer* Ungleichheit beschäftigen.

Der vorliegende Artikel geht auf die einzelnen Dimensionen sozialer Ungleichheit ein und erläutert aus einer historischen Perspektive ihre Strukturen und Funktionsweise. Im ersten Abschnitt wird der Unterschied zwischen ökonomischer und sozialer Ungleichheit diskutiert. Der zweite Abschnitt führt die historische Perspektive ein. Der dritte Abschnitt erklärt, inwiefern soziale Ungleichheit in heutigen Gesellschaften von einer Hierarchie sozialer Klassen geprägt ist. Der vorletzte Abschnitt skizziert Klassenstrukturen im internationalen Vergleich und der letzte nimmt Deutschland in den Blick.

Soziale und ökonomische Ungleichheit

Der Fokus auf das Ökonomische reduziert Ungleichheit auf eine Dimension, die darüber hinaus verfälschend dargestellt wird. Aus dieser Perspektive wird uns weisgemacht, dass alle Menschen unter gleichen Ausgangsbedingungen um Geld oder um einen besseren Job konkurrierten. Über viel Geld oder einen guten Job verfüge die Person, die sich in der Konkurrenz durchgesetzt habe, die es verdient habe.

Tatsächlich aber sind die Karten schon vor dem Spiel verteilt. Fast alle Reichen werden mit einem überdurchschnittlichen Vermögen geboren (Berger, 2014, S. 133). Ungleichheit wird vererbt. Konkurrenz findet nicht zwischen allen Menschen statt, sondern nur innerhalb derselben sozialen Gruppe. Das gilt insbesondere für den Typus von Vermögen, den man als Kapital bezeichnet. Die konventionelle Betrachtungsweise von Ungleichheit suggeriert, dass Geld für eine*n Arbeiter*in das Gleiche bedeute wie für eine*n Reiche*n, diese*r habe nur etwas mehr davon. Tatsächlich aber verfügt nur eine winzige Gruppe von Menschen, die etwa 0,05 Prozent der Weltbevölkerung umfasst, über Geld, das als Kapital eingesetzt wird. Der Rest der Bevölkerung ist vom Kapital abhängig und verwendet Geld allein für den Konsum. In dieser Hinsicht hat Karl Marx (1985, S. 523) recht, wenn er schreibt, dass die Gesellschaft in Arbeiter*innen und Kapitalist*innen zerfalle und Arbeiter*innen nur ein Leben hätten, wenn sie ein Kapital fänden, das sie beschäftige, also Geld für den Konsum zur Verfügung stelle.

Die konventionelle Perspektive auf Ungleichheit verkürzt das Problem auf die ökonomische Dimension, verzerrt diese aber auch. Sie unterscheidet nicht klar zwischen Kapitalist*innen und Nicht-Kapitalist*innen. Max Weber (1986, S. 14) hat Kapital als eine Investition mit der Erwartung eines Gewinns definiert. Ein*e Kapitalist*in setzt einen Teil des Profits für den Konsum ein, muss das Kapital selbst aber nie antasten. Der Rest der Bevölkerung verbraucht das Geld, das er erhält. Jedes Einkommen verschwindet, und normalerweise verschwindet auch das Vermögen – das Auto verliert an Wert, die Lebensversicherung wird im Alter aufgebraucht, und das Eigenheim muss modernisiert werden, um seinen Wert zu bewahren. Alle Ausgaben für den Konsum landen letztlich in den Taschen der Kapitalist*innen. Der Rest der Bevölkerung erhält nur Geld, um es an die Kapitalist*innen zurückzuführen. Wer es schafft, ein paar Aktien zu halten oder Geld zu sparen, kann von den Erträgen nicht leben. Das gilt selbst für die meisten Anwält*innen und Manager*innen. Sie verdienen viel, geben aber auch viel aus. Sie leben von ihrem Einkommen, nicht von ihrem Kapital.

Wenn man Ungleichheit ökonomisch betrachtet, muss das Verhältnis von Kapitalist*innen zu Nicht-Kapitalist*innen im Mittelpunkt stehen. Allerdings ist ökonomische Ungleichheit nur eine Dimension von Ungleichheit und noch nicht einmal die wichtigste. Ein erfolgreicher Fußballspieler kann zu den reichsten Personen in einem Land gehören. Aber normalerweise wird er nicht auf die Partys und in die Klubs der oberen Zehntausend eingeladen, er hat keinen politischen oder wirtschaftlichen Einfluss, er hat einen vergleichsweise niedrigen Bildungsstand – und verarmt nach dem Ende seiner Karriere wieder. Im Normalfall ist er ökonomisch für eine gewisse Zeit aufgestiegen, aber nicht für sein gesamtes Leben und nicht sozial.

Um Ungleichheit zu verstehen, müssen wir ihre unterschiedlichen Dimensionen über einen längeren Zeitraum hinweg betrachten. Wir müssen uns mit *sozialer* Ungleichheit beschäftigen. Soziale Ungleichheit bezieht sich auf die ungleiche Verteilung von Privilegien in einer Gesellschaft, auf den strukturellen Zugang zu Tätigkeiten, Positionen und Gegenständen, die in einer Gesellschaft wertgeschätzt werden. Der Zugang wird nicht nur durch ökonomische Faktoren bestimmt, sondern auch durch kulturelle, soziale und symbolische Faktoren sowie durch die Muster des Verhaltens, die Pierre Bourdieu (1982) als Habitus bezeichnet hat. Selbst wenn der erfolgreiche Fußballspieler eine Universität besuchen und jemanden aus besserem Hause heiraten sollte, haftet ihm seine soziale Herkunft an. Er vermag sich in der Oberschicht nicht angemessen zu verhalten und wird auch dann als Aufsteiger auffallen, wenn er mehrere Benimmkurse absolviert hat. Er hat keinen Oberschichtshabitus.

Soziokulturen

Der konventionelle Ansatz liefert uns fast immer nur Momentaufnahmen von Ungleichheit: In diesem Monat oder bestenfalls Jahr sieht die Verteilung der Einkommen, Berufe oder Vermögen soundso aus. Allerdings gehört der erwähnte Fußballspieler mit 10 und mit 50 Jahren zum ärmeren Teil der Bevölkerung, mit 30 aber zum reichsten. Auch der Rest der Bevölkerung wandelt sich im Laufe des Lebens. Dass diesem Wandel eine Struktur zugrunde liegt, wird durch Momentaufnahmen nicht sichtbar.

Erst wenn man den gesamten Lebenslauf betrachtet und ihn in Beziehung zu den Vorfahren und Nachkommen setzt, wird sichtbar, dass die soziale Position vererbt wird. Durch die Vererbung wird Ungleichheit zu einer Struktur, die so lange stabil bleibt, bis ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel stattfindet, beispielsweise eine Revolution, ein Krieg oder eine politische Umstrukturierung. Einen derartigen Wandel kann man als Transformation bezeichnen. Eine Transformation ändert einige Aspekte der gesellschaftlichen Strukturen, aber nicht alle zugleich. Auch in unserer Marktwirtschaft bestehen Institutionen aus dem Feudalismus fort, beispielsweise Gilden bei Anwält*innen und Schornsteinfeger*innen. Daher sind Strukturen von Ungleichheit Transformationen älterer Strukturen, die teilweise verändert werden und teilweise fortbestehen.

Die älteren Strukturen, die teils fortbestehen und teils den heutigen Strukturen zugrunde liegen, bezeichne ich als Soziokulturen. Die gegenwärtigen Formen sozialer Ungleichheit basieren auf älteren Formen, sodass eine Überlagerung, Brechung und Durchdringung von Formen sozialer Ungleichheit entsteht, ähnlich dem Prozess der Sedimentierung an der Erdoberfläche. Aus diesem Grund hat jede Gesellschaft, auch jede Region und jeder Ort, eine eigene Struktur sozialer Ungleichheit. Ein Bergdorf in Südostasien kann nicht auf die gleiche Weise interpretiert werden wie der deutsche Nationalstaat. Die Formen von Ungleichheit im asiatischen Dorf können den Strukturen auf nationaler oder globaler Ebene sogar teilweise widersprechen. Alle Formen werden nur im Zusammenspiel und in ihrer historischen Entstehung verständlich.

Soziale Klassen

Die konventionelle Perspektive setzt voraus, dass der Kapitalismus einen vollständigen Bruch mit der Vergangenheit schuf. Auf einen Schlag sollten alle Menschen freie und gleiche Individuen sein, die unter gleichen Voraussetzungen unabhängig von tradierten Strukturen miteinander konkurrierten. Das war sicher nicht der Fall. Ältere Ungleichheiten wurden teilweise nach und nach abgeschafft, aber sie wurden nie kompensiert. Sklav*innen erhielten im 19. und 20. Jahrhundert die Freiheit – aber sie hatten weder Geld noch Bildung noch soziale Netzwerke. Frauen erhielten im 20. Jahrhundert Rechte der politischen und ökonomischen Partizipation – aber zu dieser Zeit hatten die Männer bereits die Führungspositionen und das Kapital monopolisiert. Arme und Arbeiter*innen erhielten im 20. Jahrhundert ebenfalls Partizipationsrechte – aber kein Ausgangskapital. Die exkludierten Gruppen erkämpften sich im Laufe von Jahrhunderten Rechte, aber sie wurden bestenfalls als Subalterne inkludiert und erhielten höchstens einen Bruchteil der vorhandenen Privilegien.

Die vorkapitalistischen Ungleichheiten bilden die Grundlage sozialer Ungleichheit in kapitalistischen Gesellschaften. Im Kapitalismus transformieren sie sich zunehmend in unsichtbare soziale Klassen. Eine soziale Klasse ist eine Traditionslinie, die sich von einer Generation zur nächsten reproduziert und im Habitus verankert. Eine Traditionslinie beinhaltet die Habitusmuster einer Stufe in der gesellschaftlichen Hierarchie und bildet dadurch eine eigene Kultur aus. Der Habitus umfasst gesellschaftlich relevante Handlungsmuster, die im Lebenslauf, vor allem in der Kindheit, erworben werden. Sie sind an die soziale Umgebung ihrer Ausbildung angepasst, vor allem an das soziale Umfeld der Erziehungspersonen, also meist der Eltern.

Eine soziale Klasse wird teilweise durch den Habitus bestimmt, aber auch durch andere Faktoren, beispielsweise Einkommen, Beruf, Bildungsstand, Sprache und soziale Netzwerke. Außerdem grenzt sie sich von anderen Traditionslinien aktiv und passiv ab. Die Hierarchie sozialer Klassen in einer kapitalistischen Gesellschaft schreibt vorkapitalistische Hierarchien im Sinne von Soziokulturen fort. Je länger eine Hierarchie sozialer Klassen historisch besteht, desto seltener wird eine Klassengrenze durch soziale Mobilität überschritten. Somit lassen sich die unsichtbaren sozialen Klassen empirisch aufzeigen, indem die statistischen Grenzen sozialer Mobilität ermittelt werden (Jodhka, Rehbein & Souza, 2017, S. 20). Dabei muss der gesamte Lebenslauf einbezogen werden, wie am Beispiel des Fußballspielers gezeigt wurde.

Die Hierarchie sozialer Klassen ist eine Struktur gesellschaftlicher Herrschaft. Indem man Ungleichheit auf ökonomische Daten reduziert, macht man diese Tatsache unsichtbar. Dennoch hat ein ökonomischer Faktor in kapitalistischen Gesellschaften einen besonderen Stellenwert, nämlich das Kapital. Kapital vermittelt im Kapitalismus Herrschaft in hohem Maße. Die oberste Klasse kann als herrschende Klasse bezeichnet werden. Sie monopolisiert den größten Teil des Kapitals. Gemeinsam mit einflussreichen sozialen Netzwerken, wirtschaftlichem und politischem Insiderwissen, einem Oberschichtshabitus und einem guten Familiennamen wird Kapital im Wesentlichen durch Erbschaft erworben. So reproduziert sich die herrschende Klasse. Die Konkurrenz um Kapital findet größtenteils innerhalb dieser Klasse statt. Der Rest der Bevölkerung konkurriert um Berufspositionen und Konsumgüter.

Soziale Klassen im internationalen Vergleich

Alle kapitalistischen Gesellschaften bilden eine Hierarchie sozialer Klassen aus. Ihre Gestalt hängt von den früheren Soziokulturen und vom Zeitpunkt der kapitalistischen Transformation ab (Jodhka, Rehbein & Souza, 2017). Da alle heutigen Nationalstaaten eine Version des Kapitalismus ausgebildet haben, entstehen in allen Gesellschaften zunehmend Klassenstrukturen. Allerdings hat jede Gesellschaft eine spezifische Struktur, da sie eine je singuläre Vorgeschichte von Soziokulturen aufzuweisen hat. Prinzipiell lassen sich jedoch drei große Typen von kapitalistischen Klassengesellschaften unterscheiden. Die Unterschiede beruhen auf der Art der kapitalistischen Transformation, die wiederum mit dem Kolonialismus verknüpft ist.

In den Gesellschaften des kolonialen Zentrums, also insbesondere Europas, liegt die kapitalistische Transformation lange zurück. Sie haben stabile Klassenstrukturen, die kaum sichtbar sind. Die vorkapitalistischen Soziokulturen sind durch die Hierarchie sozialer Klassen großenteils überlagert worden. Im Gegensatz dazu sind in Gesellschaften des zweiten Typs, den Siedlerkolonien, die vorkapitalistischen Ungleichheiten noch deutlich sichtbar. Die Nachkommen der Kolonialherren bilden die oberen Klassen, die Nachkommen der indigenen Gruppen und der Sklav*innen die unteren. Diese Struktur findet sich in fast ganz Amerika, im südlichen Afrika und in Ozeanien. Den dritten Typ bilden die meisten Staaten Asiens und Afrikas, die erst vor wenigen Jahrzehnten unabhängig wurden. Die früheren Soziokulturen sind noch deutlich sichtbar und teilweise strukturell bedeutender als die Klassenhierarchie. Einige Staaten, wie Äthiopien, China oder Thailand, waren nicht Teil des Kolonialsystems und lassen sich nicht unter einen der drei großen Typen subsumieren.

Dr. Boike Rehbein

ist seit 2009 Professor für Gesellschaft und Transformation am Institut für Asien- und Afrikawissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er studierte Philosophie, Soziologie und Geschichte in Freiburg, Paris, Göttingen, Frankfurt und Berlin, promovierte 1996 im Fach Philosophie und habilitierte 2004 im Fach Soziologie. Von 2004 bis 2006 vertrat er den Lehrstuhl für allgemeine Soziologie an der Universität Freiburg und leitete von 2006 bis 2009 das Global Studies Programme. Seine Forschungsschwerpunkte sind Sozialtheorie, Globalisierung, soziale Ungleichheit und Südostasien.

Nirgendwo hat die kapitalistische Transformation die vorkapitalistischen Ungleichheiten abgeschafft. Ein paar Revolutionär*innen und Unternehmer*innen mögen in die herrschende Klasse aufgestiegen sein, aber prinzipiell sind die Bauern und Bäuerinnen und ihre Nachkommen arm, verachtet, ohnmächtig und marginalisiert geblieben, während die Nachkommen der Aristokratie ihr Land, Vermögen und Prestige behalten haben. Formal sind die strukturellen Ungleichheiten im Kapitalismus abgeschafft worden. Dadurch wurden sie unsichtbar und noch wirkmächtiger.

Tendenziell bilden alle kapitalistischen Nationalstaaten eine Hierarchie von vier sozialen Klassen aus. Die winzige herrschende Klasse wird ergänzt durch eine kleine funktionale Elite, die die Führungsfunktionen in der Gesellschaft ausübt, das Gros der arbeitenden Bevölkerung und eine marginalisierte Klasse, die von den geschätzten Funktionen der Gesellschaft, insbesondere von Berufsarbeit, ausgeschlossen bleibt. Faktisch aber entspricht kaum eine Gesellschaft diesem Idealtypus, weil die älteren Soziokulturen fortbestehen und die Struktur sozialer Klassen stark beeinflussen.

Darüber hinaus ist der Nationalstaat heute zwar der wichtigste Rahmen von Gesellschaft, aber nicht der einzige. Lokale, regionale, transnationale und globale Strukturen sozialer Ungleichheit sind weiterhin von Bedeutung. Im abgelegenen Bergdorf Südostasiens sind die lokalen Strukturen bis heute von größerer Bedeutung als die Hierarchie sozialer Klassen und das Weltsystem. Ferner durchschneiden die Grenzen von Nationalstaaten oft alte soziale Zusammenhänge, vor allem in den ehemaligen Kolonien, deren Grenzen die Kolonialherren nach ihren eigenen Bedürfnissen gezogen haben.

Schließlich ist eine kapitalistische Weltgesellschaft mit einer eigenen Hierarchie entstanden, die eine Transformation der globalen Soziokultur des Kolonialismus und des Systemstreits von Entwicklung im Kalten Krieg ist. Innerhalb dieser Hierarchie sind die Nachkommen des kolonialen Zentrums oben und die der kolonialen Peripherie unten angesiedelt. Den USA ist allerdings der Aufstieg an die Weltspitze gelungen, und China kehrt langsam zur vorkolonialen Herrschaftsposition zurück. International nähern sich die sozialen Klassen aller Nationalstaaten an, auch im Hinblick auf ihren Habitus. In Deutschland können Migrant*innen in ihren sozial relevanten Merkmalen kaum vom Rest der Bevölkerung unterschieden werden (Rehbein et al., 2015, S. 111). Dabei ist die Position Deutschlands im Weltsystem zu berücksichtigen. Migrant*innen von der globalen Peripherie müssen mit einem Abstieg rechnen, der sogar Klassengrenzen überschreiten kann, während Migrant*innen aus dem Zentrum ihre Position meist bewahren. Die Mittelklasse Deutschlands nimmt beispielsweise eine höhere Position ein als die Mittelklasse Nigerias, wenn auch keine höhere als die herrschende Klasse Nigerias. Mobilität ist für Deutsche einfacher als für Nigerianer*innen (Weiß, 2017).

Soziale Ungleichheit in Deutschland

In Deutschland haben sich die genannten vier Klassen teilweise ausgebildet, weil Deutschland auf eine lange kapitalistische Vergangenheit zurückblickt. Dennoch ist die heutige Klassenstruktur Deutschlands auch nur vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung verständlich. Ein Forschungsteam hat diese Struktur auf der bisher umfassendsten Datengrundlage (2950 repräsentativ ausgewählte Teilnehmende und 350 lebensgeschichtliche Interviews) untersucht und 2015 veröffentlicht (Rehbein et al., 2015). Dabei wurde auch ermittelt, welche Faktoren für soziale Ungleichheit maßgeblich sind.

Die Untersuchung ergab, dass die konventionellen Kategorien von Einkommen, Vermögen und Beruf gute ökonomische Indikatoren sind. Auch der Bildungsstand ist, wie zu erwarten, ein wichtiger Faktor. Darüber hinaus erwiesen sich die soziale Position der Freund*innen, die soziale Umgebung der Eltern, Mitgliedschaft in überregionalen Organisationen, der Familienname und Ehrentitel, die soziale Herkunft und der Erziehungsstil der Eltern als relevante Indikatoren. Im Hinblick auf den Habitus wurden Leistungsdenken, Selbstbewusstsein, Disziplin, Flexibilität, Ordnungssinn, Freizeitorientierung und Lernbereitschaft als bedeutsam ermittelt. Die Kombination all dieser Faktoren variiert zwar von Person zu Person, aber es ließen sich Familienähnlichkeiten erkennen, die Grenzen zwischen sozialen Klassen ziehen und innerhalb der sozialen Klasse von einer Generation an die nächste weitergegeben werden. In den qualitativen Interviews wurde kein einziger Fall gefunden, in dem soziale Mobilität sicher die Grenze der jeweiligen sozialen Klasse überschritten hat.

Fast jeder einzelne Indikator unterscheidet die sozialen Klassen voneinander. Beispielsweise kann man bei einer beliebigen Person davon ausgehen, dass sie zur herrschenden Klasse gehört, wenn sie über ein Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro verfügt oder besonders selbstbewusst ist oder mehreren exklusiven Klubs angehört. Es gibt jedoch Individuen, beispielsweise erfolgreiche Fußballspieler*innen, die fünf Millionen Euro besitzen, aber nicht der herrschenden Klasse zugerechnet werden können. Jedoch ist es mehr oder weniger ausgeschlossen, dass jemand, der in zahlreichen Indikatoren an der Spitze rangiert, nicht zur herrschenden Klasse zählt.

Die vier ermittelten Klassen entsprechen dem oben erwähnten Idealtyp: herrschende Klasse, funktionale Elite, (arbeitende) Mittelklasse und Marginalisierte. Die Marginalisierten sind von vielen Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen, insbesondere von einer stabilen und formalisierten Berufstätigkeit. Sie weisen in Bezug auf alle relevanten Indikatoren die niedrigsten Werte auf und haben meist einen fatalistischen oder einen hedonistischen Habitus. Die Mittelklasse bildet den Kern der deutschen Bevölkerung. Sie leistet die Berufsarbeit, betrachtet sich selber als Säule der Gesellschaft und hat großenteils einen disziplinierten Habitus. Die funktionale Elite ist zwar ein Segment der arbeitenden Bevölkerung, unterscheidet sich von der Mittelklasse jedoch in mehrerlei Hinsicht. Erstens übernimmt die Elite die Führungspositionen, zweitens betrachtet sie den Beruf als Teil eines Gesamtkunstwerks, das sinnvoll sein muss, und drittens stammt sie vom früheren Bürgertum ab. Ihr Habitus ist expressiv oder ambitioniert. Die herrschende Klasse zeichnet sich, wie in anderen Ländern, durch ihre Enthobenheit aus: Sie hat nichts mit dem Rest der Gesellschaft zu tun und betrachtet sich als eigene Spezies.

Die Mittelklasse besteht aus zwei Traditionslinien, die noch vor wenigen Jahrzehnten zwei soziale Klassen bildeten, nämlich das Kleinbürgertum und das Proletariat (Geiger, 1932). Aspekte des Habitus, durch die Theodor Geiger die beiden Klassen in den 1920er-Jahren unterschied, lassen sich noch heute in den unterschiedlichen Traditionslinien erkennen. Allerdings herrscht heute zwischen den beiden Kulturen soziale Mobilität, sodass man sie nicht mehr als getrennte soziale Klassen interpretieren kann.

Literatur

Berger, Jens (2014). Wem gehört Deutschland? Frankfurt a. M.: Westend.

Bourdieu, Pierre (1982). Die feinen Unterschiede. Frankfurt a. M:. Suhrkamp.

Jodhka, Surinder S., Rehbein, Boike & Souza, Jessé (2017). Inequality in Capitalist Societies, London, New York: Routledge.

Geiger, Theodor (1932). Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart: Enke.

Marx, Karl (1985). Marx-Engels-Werke, Band 40. Berlin: Dietz.

Rehbein, Boike et al. (2015). Reproduktion sozialer Ungleichheit in Deutschland. Konstanz: UVK.

Weber, Max (1986). Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1. Tübingen: Mohr.

Weiß, Anja (2017). Soziologie globaler Ungleichheiten. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Arm, frustriert, extrem?

Soziale Ungleichheit als Baustein von Radikalisierungsprozessen

Prof. Peter R. Neumann, King's College London

Ist soziale Ungleichheit die Ursache für Terrorismus und Radikalisierung? Grundsätzlich gilt: Die einfachen Antworten auf die Frage nach den Wurzeln und Treibern der Radikalisierung sind fast immer falsch. Das trifft besonders dann zu, wenn sie versuchen, Radikalisierungsverläufe mit einer einzigen Ursache zu erklären. Terroristinnen und Terroristen sind nicht alle vaterlos, ungebildet oder arm. Genauso wenig kommen sie stets aus Großfamilien, sind promoviert oder haben reiche Eltern. Osama bin Laden, der ehemalige Anführer der Terrororganisation al-Qaida, war Sohn eines reichen Unternehmers, aber viele seiner Kämpfer wuchsen in Slums oder Sozialwohnungen auf. „Jihadi John", der Henker des Islamischen Staats, besaß einen Universitätsabschluss, doch seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter haben oft keinen Schulabschluss und waren vorbestraft. Auf jeden Millionärssohn, der sich radikalisiert, kommen Tausende, die den Sommer lieber auf Papas Yacht verbringen. Und für jede gescheiterte Existenz, die beim Islamischen Staat landet, gibt es Millionen, die stattdessen versuchen, ihre Probleme mit Alkohol und Drogen zu lösen.

Das bedeutet nicht, dass Makroerklärungen wie beispielsweise soziale Ungleichheit unwichtig sind. Aber auf sich allein gestellt ist ihr analytischer Wert begrenzt. Der Grund, dass Radikalisierungsverläufe komplizierter sind, als Zeitungskolumnen erlauben, ist, dass Radikalisierung kein Ereignis ist, sondern ein Prozess. Radikalisierung hat nicht eine Ursache, sondern viele. Und die Erklärung, warum junge Menschen zu Terroristinnen und Terroristen werden, besteht nicht aus der Addition von Ursachen, sondern aus ihrem Zusammenspiel. Dies gilt für soziale Ungleichheit wie für jeden anderen Faktor.

Genauso wenig wie die eine Ursache gibt es die eine, universell gültige Formel. Zu behaupten, dass sich Neonazis in Deutschland auf die exakt gleiche Weise radikalisieren wie Tierschützerinnen und Tierschützer in England oder Dschihadistinnen und Dschihadisten in den Vororten von Paris, wäre absurd. Radikalisierungsverläufe differenzieren sich je nach Ort, Ideologie, Zeitpunkt und Kontext.

Selbst in derselben Bewegung, am selben Ort und zum selben Zeitpunkt können sich individuelle Prozesse stark voneinander unterscheiden. Die vier Attentäter, die die Londoner Terroranschläge vom 7. Juli 2005 ausführten, hatten sich zur selben Zeit im selben Dorf im Norden Englands kennengelernt, doch ihre Hintergründe und Motivationen waren völlig unterschiedlich. Zu ihnen gehörte ein vermeintlich gut integrierter 30-jähriger Lehrer mit Universitätsabschluss, Frau und einjährigem Kind; ein 22-jähriger Studienabbrecher, der seit Jahren in der Dönerbude seines Vaters arbeitete; ein 19-jähriger Konvertit aus Jamaika, der erst kurz zuvor in die Gegend gezogen war; und ein 18-Jähriger, der gerade die Schule abgeschlossen hatte. Keine Formel bringt solch unterschiedliche Typen und Lebensläufe auf einen Nenner (Neumann, 2015, S. 1–19).

Wie dieser Artikel[2] zeigt, ist deshalb ein differenziertes und nuanciertes Herangehen wichtig: Soziale Ungleichheit kann ein Radikalisierungsfaktor sein, doch seine genaue Wirkung lässt sich nur im Kontext richtig verstehen.

2 Dieser Artikel basiert in Teilen auf meinem Beitrag „Was wir über Radikalisierung wissen – und was nicht" (Neumann, 2018).

Bausteine der Radikalisierung

Dass sich Radikalisierungsverläufe komplex darstellen, heißt nicht, dass sie nicht verstehbar sind. Dass wir nicht alles verstehen, besagt nicht, dass wir gar nichts verstehen. Und dass keine einheitliche, universell gültige Formel gefunden werden kann, bedeutet nicht, dass es überhaupt nichts gibt, was sich verallgemeinern ließe. Die meisten gängigen Modelle und Theorien identifizieren fünf (zum Teil gut erforschte) „Bausteine" der Radikalisierung. Obwohl keiner der fünf eine ausreichende Erklärung dafür bietet, warum Menschen zu Extremistinnen und Extremisten – oder gar Terroristinnen und Terroristen – werden, sind sie beim Entschlüsseln von Radikalisierungsverläufen unentbehrlich.

Frustration ist die auf den ersten Blick logische Erklärung dafür, dass Menschen zu Extremistinnen und Extremisten werden. Hinter jeder politischen – inklusive jeder extremistischen – Bewegung steht eine gesellschaftliche Spannung oder Konfliktlinie: Menschen, die Erwartungen haben, Ansprüche stellen und bei deren Verwirklichung scheitern. Hierzu zählen persönliche Identitätskonflikte genauso wie Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen, wie zum Beispiel die Wahrnehmung sozialer Ungleichheit, die – gemäß dem amerikanischen Sozialwissenschaftler Quintan Wiktorowicz (2005, S. 20–24) – „kognitive Öffnungen" produzieren, also die Bereitschaft, eigene Denkmuster und Normen zu überprüfen und mit neuen, mitunter radikalen Ideen und Wertesystemen zu experimentieren.

Drang und emotionale Bedürfnisse – was junge Menschen fühlen und wollen – können genauso bedeutend sein wie politische und ideologische Faktoren. Bei solchen Bedürfnissen geht es um die Suche nach einer starken Identität, Gemeinschaft, Bedeutung, Ruhm und Abenteuer. Auch jugendliche Rebellion, beispielsweise das Aufbegehren gegen existierende Normen und die Generation der Eltern, zählt hierzu. Extremistische Gruppen haben es häufig einfacher als etablierte Institutionen, diese Art von Bedürfnis zu befriedigen, denn sie stehen außerhalb des Systems, bieten einfache Erklärungen, reduzieren die Welt – und damit die eigene Identität – auf Gut und Böse und geben selbst Verliererinnen und Verlierern oder Gescheiterten das Gefühl, eine wichtige Rolle zu spielen (Cottee & Hayward, 2011, S. 963–986; Buechler, 2004).

Ideen sind nicht so unwichtig wie Psychologinnen und Psychologen oftmals behaupten. Terrorismus ist politisch motivierte Gewalt und kann deshalb nicht völlig ohne politische Ideen erklärt werden. Ohne politischen oder religiösen Inhalt ist keinem klar, wer Feind und Freund ist, wofür gekämpft wird und warum sich das Kämpfen lohnt. Auch wenn nicht alle Extremistinnen und Extremisten Intellektuelle sind, die Bücher lesen und sich intensiv mit politischen Ideen auseinandersetzen, sind politische Ideen notwendig, um Radikalisierung zu begründen: Sie liefern die Rechtfertigung, die Richtung und den Anstoß für politisches (und eben auch für gewalttätiges) Handeln. Ihre Funktion im Kontext von radikalen Gruppierungen besteht darin, einen Schuldigen zu identifizieren („die Juden", „die Ausländer", „der Westen", „das monopolkapitalistische System"), eine Lösung zu formulieren („der Gottesstaat", „nationale Revolution", „die Diktatur des Proletariats") und zur Mitarbeit zu motivieren („Dschihad ist eine individuelle Verpflichtung", „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!") (Della Porta & Diani, 2006, S. 74–88; Smelser, 2010, S. 11–53).

Leute sind deshalb bedeutend, weil sich unser Verhalten häufig daran orientiert, wen wir kennen und was andere von uns denken und erwarten. Anders ausgedrückt: Menschen, die uns wichtig sind, beeinflussen, wie wir handeln. Das gilt sowohl im Positiven durch Liebe, (freiwillige) Verpflichtung und Attraktion wie auch im Negativen durch Zwang, Furcht und Druck. Wer Radikalisierung verstehen will, muss sich mit sozialen Phänomenen und Prozessen auseinandersetzen: den Netzwerken und Gegenkulturen, aus denen extremistische und terroristische Gruppen ihre Mitglieder rekrutieren; den Kleingruppen und Cliquen, in denen sich Zusammenhalt und der Wille zum Handeln bilden; und den charismatischen Anführerinnen und Anführern, die neue Unterstützerinnen und Unterstützer an sich binden und die Autorität besitzen, um gewalttätige Aktionen religiös und ideologisch zu legitimieren. Viele Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler argumentieren, dass gefährliche und/oder illegale Aktionen – sogenannter Hochrisiko-Aktivismus – besonders viele solcher Bindungen erfordern (Sageman, 2003; McAdam, 1986).

Gewalt ist in den Augen vieler Forscherinnen und Forscher lediglich Konsequenz, nicht Ursache von Radikalisierung. Doch diese Logik ist irreführend, denn wer Gewalt ausübt, rechtfertigt sie fast immer mit Gewalt, die von anderen zugefügt wurde. Aus Sicht der Gewalttätigen ist die eigene Gewalt fast niemals blanke Aggression, sondern stets Verteidigung oder Revanche. Ein weiterer Aspekt ist, dass sich Gewalt durch Erfahrung, Praxis und Wiederholung „normalisiert". Die Brutalisierung, die beispielsweise bei „Jihadi John" erkennbar wurde, entstand nicht allein durch Veranlagung, Schock oder „Gehirnwäsche", sondern war Ergebnis eines langwierigen und schrittweisen Prozesses. Übung, Imitationsverhalten oder die Beteiligung an gewaltsamen Konflikten können hierbei genauso entscheidend sein wie gewaltsame Prägung oder eine (oft im Nachhinein diagnostizierte) sogenannte aggressive Veranlagung (Hafez, 2004; Horgan, 2009).

Peter R. Neumann

ist Professor für Sicherheitsstudien am King's College London. Er ist Gründer und war langjähriger Direktor des weltweit renommierten International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR), ebenfalls am King's College. 2017 war er Sonderbeauftragter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) für den Kampf gegen die Radikalisierung. Seitdem berät er zudem die nordrhein-westfälische Landesregierung zu Sicherheitsfragen und zur Terrorismusbekämpfung.

Risikofaktoren

Die fünf Bausteine – Frust, Drang, Ideen, Leute und Gewalt – sind keine vollständige Theorie, denn dazu müssten sie erklären, welche Faktoren wichtiger sind als andere und in welcher Reihenfolge sie auftreten. Doch gibt es, wie bereits oben erwähnt, eine solche universell gültige Formel nicht. Aus welchen Elementen sich ein individueller Radikalisierungsverlauf zusammensetzt und in welcher Reihenfolge und Kombination sie in Erscheinung treten, lässt sich unmöglich generalisieren – oder gar voraussagen. Als analytische Werkzeuge, mit deren Hilfe sich Wege in die Gewalt beschreiben, vergleichen und schematisieren lassen, sind sie dennoch hilfreich. Kurzum: Sie sind kein Prognoseinstrument, sondern der Inhalt eines Baukastens.

Ein junger Mensch, der Skinhead-Konzerte besucht und viele rechtsextreme Freundinnen und Freunde hat, ist noch lange kein gewaltbereiter Neonazi, aber die Person gehört zum demografischen und sozialen Pool, aus dem die Bewegung rekrutiert. Außerdem hat sie aufgrund ihrer Vernetzung mit der „rechten Szene“ einen kürzeren Weg und mehr Möglichkeiten, sich zum politischen Gewalttäter oder zur politischen Gewalttäterin zu radikalisieren als der Rest der Bevölkerung. Das bedeutet nicht, dass Menschen aufgrund bestimmter Eigenschaften oder Aktivitäten für den Extremismus prädestiniert sind oder – schlimmer noch – dass solche Personen oder solches Verhalten kriminalisiert werden sollten. Doch genauso klar ist, dass nicht jede Person im gleichen Maße für Radikalisierung ansprechbar ist und dass die oben beschriebenen Bausteine dazu beitragen können, Risiken besser einzuschätzen und Ressourcen effektiver einzusetzen.

Gewöhnlichkeit

Was es schwierig macht, Radikalisierung zu erkennen und zu bekämpfen, ist, dass keiner der Bausteine so außergewöhnlich ist wie ihr Ergebnis. Mit Ausnahme des Faktors Gewalt sind alle Eigenschaften, Bedürfnisse und Prozesse, von denen die fünf Bausteine handeln, „gewöhnlich“, legal und – in den meisten Fällen – legitim. Unmut und Frustration gibt es in jeder Gesellschaft, und die Bedürfnisse nach Identität, Gemeinschaft und Bedeutung sind so universell, dass sie kaum der Erwähnung wert scheinen. Sich für politische Ideen zu begeistern, ist ebenso wenig ein Indikator für politische Gewalt wie charismatischen Anführerinnen und Anführern nachzufolgen oder Mitglied einer Clique zu sein. Was solche Verhaltensweisen – und diejenigen, die sie praktizieren – problematisch macht, ist nicht ihre Existenz, sondern ihre Zielrichtung und ihr Endpunkt, die sich aber in vielen Fällen erst spät oder im Rückblick erkennen lassen.

Mit anderen Worten: Frust, Drang, Ideen und Leute können genauso gut zur Mitgliedschaft bei den Grünen oder bei Greenpeace führen wie zur Mitgliedschaft bei der gewalttätigen Animal Liberation Front. Und wer nach Abenteuer, (kontrollierter) Aggressivität und einem Ventil für seine Männlichkeit sucht, muss kein Terrorist werden, sondern kann zur Bundeswehr gehen. Was darüber entscheidet, wer zum Terroristen oder zur Terroristin wird, hat häufig mit Normen, Kontext und Gelegenheit zu tun – und manchmal damit, zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen zu sein. Als Ereignis ist terroristische Radikalisierung selten und ungewöhnlich, doch die sozialen Prozesse, die sie produzieren, sind es nicht (Neumann, 2016, S. 15 f.).

Soziale Ungleichheit als Risikofaktor

Basierend auf der Bausteinlogik kann soziale Ungleichheit eine Quelle der Frustration und damit ein Risikofaktor sein. Es wäre jedoch irreführend, hieraus eine universell gültige Theorie zu konstruieren. Obwohl die empirische Sozialforschung zeigt, dass Ungleichheit mit Gewalt und Kriminalität korreliert, ist unklar, inwiefern Radikalisierung, politisch motivierte Kriminalität und Terrorismus mit diesen anderen, viel alltäglicheren Gewalt- und Kriminalitätsphänomenen gleichgesetzt werden können. Hinzu kommt: In den allermeisten Ländern ist Terrorismus (glücklicherweise) so selten, dass ein klarer Zusammenhang mit sozioökonomischen Faktoren schwer zu beweisen ist. Wie die Terrorismusforscherin Louise Richardson bemerkte: Terrorismus und Radikalisierung sind „Mikrophänomene“, die sich durch „Makrofaktoren“ – wie zum Beispiel soziale Ungleichheit – nicht hinreichend erklären lassen (Richardson, 2005, S. 11–15).

Und dennoch wäre es ein Fehler, soziale Ungleichheit in Debatten über Radikalisierung und politische Gewalt zu vernachlässigen. Nötig ist vielmehr ein nuancierter Ansatz. Hierzu gehört, dass zwischen absoluter Ungleichheit, relativer Ungleichheit sowie gefühlter Ungleichheit unterschieden wird. Seit Ted Gurrs bahnbrechender Studie „Why Men Rebel“ aus dem Jahr 1970 besteht in der Forschung Konsens, dass nicht absolute, sondern relative und gefühlte Ungleichheit dafür ausschlaggebend sind, ob Bevölkerungsgruppen für radikale Gruppen ansprechbar sind. Wie unter anderem Theda Skocpol (1994) gezeigt hat, ist hierbei besonders der Faktor gefühlte Ungleichheit wichtig: Nur eine Bevölkerung, die die eigene Ungleichheit und Benachteiligung aktiv wahrnimmt, lässt sich auch für radikale oder extremistische Gruppen mobilisieren.

Hieraus folgt, dass es nicht ausreicht, sich nur mit Sozialstatistiken zu beschäftigen. Wichtig ist außerdem, auf welche Weise das Thema soziale Ungleichheit von radikalen Gruppen artikuliert wird. Wenn dschihadistische oder rechtsextreme Gruppen von sozialer Ungleichheit sprechen, dann meist als Teil eines Master-Narrativs, bei dem es nicht ausschließlich um (soziale) Un*gleichheit*, sondern um Un*gerechtigkeit* geht. Bei dschihadistischen Gruppen zum Beispiel ist die soziale und ökonomische Benachteiligung von Musliminnen und Muslimen in westlichen Gesellschaften Teil der „Beweiskette" für einen vermeintlichen Krieg des Westens gegen den Islam – dafür also, dass Menschen muslimischen Glaubens in westlichen Gesellschaften niemals als gleichberechtigt akzeptiert würden und dass jede Muslimin und jeder Muslim deshalb die Pflicht habe, sich gegen den Westen und für den Islam zu entscheiden.

Entscheidend ist also nicht ausschließlich soziale Ungleichheit als abstrakte oder statistische Kategorie. Aufzugreifen gilt es vielmehr auch den Nexus zwischen aktiv wahrgenommener Benachteiligung und dem ideologischen Framing der Gruppen, die versuchen, oftmals diffuse Gefühle der Frustration und des Unmuts in eine radikale Richtung zu lenken. Wenn ihnen dies gelingt, dann kann soziale Ungleichheit in der Tat zu einem potenten Faktor in Radikalisierungsprozessen werden. Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen sollten deshalb auch in Strategien zur Bekämpfung der Radikalisierung miteinbezogen werden.

Fazit

Radikalisierungsprozesse sind komplex, und es hat wenig Sinn, nach einem einzigen Faktor – oder einer Formel – zu suchen. Das bedeutet nicht, dass sich Radikalisierung nicht erklären lässt oder keinen Mustern folgt. Dieser Artikel hat verschiedene Bausteine vorgestellt, die in den meisten Radikalisierungsprozessen eine Rolle spielen: Frustration, Drang, Ideen, Leute und Gewalt. Statt sich auf einen einzelnen dieser Bausteine zu „stürzen", ist es erfolgversprechender, verschiedene Elemente als Risikofaktoren zu verstehen und sich mit ihren Wechselwirkungen zu beschäftigen.

Soziale Ungleichheit ist eine Quelle der Frustration und damit ein Risikofaktor, aber – auf sich allein gestellt – wenig aussagekräftig. Wichtiger als Indikatoren absoluter Ungleichheit sind relative und gefühlte Ungleichheit. Damit diese als Radikalisierungsfaktor wirksam werden, kommt es außerdem darauf an, wie extremistische Gruppen ihre Botschaften formulieren und ob sie soziale Ungleichheit explizit in ihr Master-Narrativ integrieren. Kurzum: Wer die Bedeutung sozialer Ungleichheit in Radikalisierungsprozessen verstehen will, muss sich für Wechselwirkungen und Nuancen interessieren.

Dass soziale Ungleichheit unter bestimmten Bedingungen ein Radikalisierungsfaktor sein kann, steht also außer Frage. Seine Bekämpfung ist nicht nur gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung für die „große" Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern erfordert eine intensive Beschäftigung mit Ideen, Botschaften und deren Wahrnehmungen.

Literatur

Buechler, Steven M. (2004). The strange career of strain and breakdown theories of collective action. In David Snow, Sarah Soule & Hanspeter Kriesi (Hrsg.), The Blackwell Companion to Social Movements (S. 47–66). Oxford: Blackwell.

Cottee, Simon & Hayward, Keith (2011). Terrorist (e)motives: The existential attractions of terrorism. Studies in Conflict and Terrorism, 34 (12), S. 963–986.

Della Porta, Donatella & Diani, Mario (2006) (Hrsg.). Social Movements. An Introduction. Oxford: Blackwell.

Gurr, Ted (1970). Why Men Rebel. Princeton: Princeton University Press.

Hafez, Mohammed M. (2004). From Marginalization to Massacres: A Political Process Explanation of GIA Violence in Algeria. In Quintan Wiktorowicz (Hrsg.), Islamic Activism: A Social Movement Theory Approach (S. 37–60). Bloomington: Indiana University Press.

Horgan, John (2009). The Psychology of Terrorism. London: Routledge.

McAdam, Doug (1986). Recruitment into High-Risk Activism: The Case of Freedom Summer. The American Journal of Sociology, 92 (1), S. 64–90.

Neumann, Peter R. (2015). Introduction. In Peter R. Neumann (Hrsg.), Radicalization – Major Works Collection, Vol. 1 (S. 1–19). London, New York: Routledge.

Neumann, Peter R. (2016). Terror ist unter uns: Dschihadismus, Radikalisierung und Terrorismus in Europa. Berlin: Ullstein.

Neumann, Peter R. (2018). Was wir über Radikalisierung wissen – und was nicht. In Jana Kärgel (Hrsg.), „Sie haben keinen Plan B". Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention (S. 42–56). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Richardson, Louise (2005) (Hrsg.). The Root Causes of Terror. London, New York: Routledge.

Sageman, Marc (2003). Understanding Terror Networks. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Skocpol, Theda (1994). Social Revolutions and the Modern World. Cambridge: Cambridge University Press.

Smelser, Neil (2010). The Faces of Terrorism: Social and Psychological Dimensions. Princeton: Princeton University Press.

Wiktorowicz, Quintan (2005). Radical Islam Rising: Muslim Extremism in the West. London: Rowman & Littlefield.

Ungleichverteilung von Gütern

(Un-)Sichere Räume?

Humangeografische Perspektiven auf Marginalisierung und Radikalisierung im städtischen Kontext

Dr. Britta Elena Hecking, KIgA e. V.

Mögliche Verbindungen zwischen sozialräumlicher Marginalisierung und Radikalisierung sorgen in der Stadt- und Radikalisierungsforschung für kontroverse Diskussionen. Die vermeintliche Gefahr der Radikalisierung wird oft mit Diskursen über die „desintegrierten" Bewohner*innen bestimmter marginalisierter[3] Quartiere verknüpft. Die Annahme, dass sozialräumliche Marginalisierung eine Rolle im Prozess der Radikalisierung spielt, ist wissenschaftlich jedoch sehr umstritten. So schreibt der französische Sozialwissenschaftler Olivier Roy (2017, S. 34), die „Karte der Radikalisierung decke sich nicht mit der Karte verarmter Nachbarschaften". Auch blende die Bezeichnung bestimmter Stadtteile in europäischen Städten als „Salafi-Ghettos" die komplexe Realität und Heterogenität dieser Stadtteile aus und liefere keine Erkenntnisse für die Ursachen und Mechanismen von Radikalisierung (ebd.). Vielmehr trage sie dazu bei, moralische Paniken, insbesondere vor als muslimisch gelesenen männlichen Jugendlichen zu hegen (Tsianos, 2013). Andere Autor*innen sehen durchaus Beziehungen zwischen sozialräumlicher Marginalisierung und Radikalisierung, zum Beispiel im Hinblick auf sogenannte Kontext- oder Pushfaktoren[4] (Siegert & Stapf 2019) oder mit Blick auf die Bedeutung von Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen (Nordbruch, 2016), von denen Bewohner*innen marginalisierter Stadtteile oft mehrfach betroffen sind.

Der vorliegende Artikel geht auf diese einzelnen Aspekte ein und beleuchtet ebenfalls, dass aus rassismuskritischer Perspektive das Sprechen über mögliche Konflikt- und Radikalisierungspotenziale in „ethnisch" und sozial segregierten Stadtvierteln viele Fallstricke birgt.

3 Mit dem Begriff der Marginalisierung wird der Fokus auf die Prozesse der Ausgrenzung gerichtet und den Bewohner*innen marginalisierter Räume gleichzeitig auch Handlungsfähigkeit gegeben in Abgrenzung zu Theorien über die „passiven Armen" oder „Armutskulturen" (siehe Bayat, 2012; Perlman, 2004).

4 In der Radikalisierungsforschung wird zwischen Kontext-, Push- und Pullfaktoren unterschieden: Kontextfaktoren bezeichnen den Einfluss der Umgebung oder Umwelt auf Individuen. Pushfaktoren meinen Faktoren wie Identitätsprobleme oder Ausgrenzungserfahrungen, die begünstigen, dass Individuen oder bestimmte Gruppen anfälliger für radikale Ideologien werden. Pullfaktoren beziehen sich auf die Propaganda und Anwerbestrategien extremistischer Gruppen, wie zum Beispiel das Versprechen von Gemeinschaft und Zugehörigkeit, Anerkennung und Ermächtigung.

Sozialräumliche Dimensionen von Ungleichheit

Auch wenn räumliche Segregation in Deutschland weniger sichtbar ist als beispielsweise im europäischen Nachbarland Frankreich, zeichnet sich infolge ökonomischer Restrukturierungsprogramme seit den 1980er-Jahren eine Zunahme sozialräumlicher Polarisierung ab. Mit dem Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt" versucht die deutsche Städtebauförderung seit 1999, die Folgen sozialräumlicher Ungleichheiten abzumildern (Alisch, 2002, S. 114). Wenn von ungleicher Stadtentwicklung und sich abzeichnenden Segregationsprozessen in Deutschland die Rede ist, wird hier meist die räumliche Konzentration einkommensschwacher und leistungsempfangender Menschen angesprochen. In Deutschland werden im genannten Programm jedoch auch weitere Merkmale der Bewohner*innen betrachtet, um den sogenannten Entwicklungsbedarf eines Quartiers zu bestimmen. Dazu gehört unter anderem der erhöhte Anteil an Kindern und Jugendlichen, Alleinerziehenden, alten Menschen, Neuzugewanderten sowie Menschen mit Migrationshintergrund[5] im Quartier. Medial diskutiert und problematisiert wird vor allem die sogenannte ethnische Segregation (kritisch dazu: Bukow, 2015).

Soziale oder integrative Stadtentwicklungspolitiken basieren auf der Annahme, dass es eine Beziehung zwischen *Habitat* und *Habitus* (Bourdieu, 2006 [1989]) – zwischen den Wohnverhältnissen und den durch Ressourcenzugang geprägten und sozial vererbten Wahrnehmungs- und Handlungsmustern eines Menschen – gibt. Dem folgt die Annahme, dass so „aus benachteiligten Quartieren benachteiligende Quartiere werden" (Häußermann & Siebel, 2004, S. 159). Um gegen diese sogenannten benachteiligenden Quartierseffekte vorzugehen, müssen Interventionen im physischen und sozialen Raum zusammengedacht werden.[6] Besonders Kinder und Jugendliche seien von den negativen Quartierseffekten betroffen: „Für die Kinder der Stadtgesellschaft bedeutet das: Soziale Lage der Eltern, Migrationshintergrund der Eltern und Wohnlage sind wichtige Determinanten ihrer Lebenschancen." (El-Mafaalani & Strohmeier, 2015, S. 30) Blokland und Šerbedžija schreiben in ihrer Studie über den Alltag von Jugendlichen in zwei Kreuzberger Nachbarschaften:

> *„Es geht vielmehr darum, dass ihre Disposition (in welche Schicht man hineingeboren wird) und ihr Habitus (welchen ‚Feel for the Game' man sich aneignen kann) durch strukturelle Faktoren bedingt sind – wie bei* allen *Jugendlichen. Der Migrationshintergrund oder das Quartier alleine tragen keine Erklärungskraft. Für eine Erklärung brauchen wir einen Mechanismus. Ein Problem mit marginalisierten Jugendlichen ist also primär ein Problem der Exklusion aufgrund von ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital."* (Blokland & Šerbedžija, 2018, S. 7, Herv. i. O.)

Die räumliche Verdichtung von Armut, sozialen Problemlagen und Gewalt ist in einigen marginalisierten Quartieren durchaus real. Sie resultiert aber weder aus einer Kultur der Armut noch hat sie mit sogenannten Herkunftskulturen zu tun. Sie muss als Folge der Alltagsbewältigung im Kontext „multipler Knappheiten" (El-Mafaalani & Strohmeier, 2015, S. 35) und Unsicherheiten durch strukturelle Ausgrenzung betrachtet werden. Ob und wie diese strukturellen Ausgrenzungsmechanismen Prozesse der Radikalisierung junger Menschen begünstigen können, ist wissenschaftlich nicht einfach zu beantworten, weil die Ursachen für Radikalisierung vielschichtig und komplex sind (Ranstorp, 2016).

5 Die Bezeichnung „Migrationshintergrund" wird kritisiert, weil sie häufig als Indikator für diverse Problemlagen verwendet wird und somit stigmatisierend wirkt. Als Bezeichnung wird stattdessen „Menschen mit internationaler Geschichte" vorgeschlagen (Neue deutsche Medienmacher*innen, o. J.).

6 Stadtentwicklung, betrachtet als Entwicklung, versteht sich als hegemonialer Diskurs der Moderne, der eine Kontrolle über und Eingriffe in als unterentwickelt konstruierte Räume ermöglicht. Die Wahrnehmung und Darstellung marginalisierter Stadtteile als möglicher Nährboden für das Entstehen devianter Verhaltensweisen und Ordnungen führt jedoch zurück zu einem Containerraumverständnis, das Raum als konstituierend für das Soziale betrachtet. Der Sozialraumansatz hat darum in den letzten Jahren auch viel Kritik erfahren (Projekt „Netzwerke im Stadtteil", 2005). Raum wird heute in der Sozialforschung als sozial (re)produziert betrachtet (Lefebvre, 1991 [1974]), als unabgeschlossenes Produkt von Wechselbeziehungen, das laufend neu hergestellt und verändert wird. Die (Re-)Produktion des Raumes ist dabei stets ein machtgeladener Vorgang.

7 Im 19. Jahrhundert wurde besonders die Jugend der Arbeiterklasse als Bedrohung der Ordnung und Disziplin wahrgenommen – eine Darstellung, die bis heute das Bild der *störenden Jugend* (youth as trouble) (Skelton & Valentine, 1998, S. 4) und das *Problem der Jugend* (Cooper, 2009) geprägt hat. Die Räume Jugendlicher aus niedrigen sozialen Schichten wurden in England zum Beispiel als interne Kolonien, als „Jungle" oder „Afrika" der industriellen Metropolen dargestellt und die Jugendlichen selbst als Nomaden bezeichnet, die zivile Unordnung (civil disorder) verkörpern (Comaroff & Comaroff, 2005, S. 19, 24).

Radikalisierung und sozialräumliche Marginalisierung – (k)eine Verbindung?

Im Themenfeld Radikalisierung und sozialräumliche Marginalisierung tauchen vor allem zwei Diskursstränge auf: Zum einen gibt es den Diskurs, der bestimmte Quartiere oder auch ganze Städte als negatives Zukunftsszenario für die Entwicklung der Bundesrepublik heranzieht. Hier vermengen sich wissenschaftliche, mediale und ideologische Erzählungen, die mit ganz offensichtlicher Übertreibung, Verzerrung und Panikmache einhergehen. Die Rede ist von „Parallelgesellschaften" und „Problemvierteln", die wiederkehrend auch als „Ghettos" bezeichnet werden (Tsianos, 2013). Im Fokus der negativen Zukunftsszenarien stehen meist die männlichen jugendlichen Bewohner der Quartiere.[7] Die Jugendlichen und ihre Stadtteile werden so zur Projektionsfläche gesellschaftlicher Debatten über Normen, Normabweichungen, Radikalität und (Un-)Sicherheit. Aus rassismuskritischer Perspektive erfüllen diese Diskurse vor allem die Funktion des *Otherings* bestimmter Räume.

Zum anderen gibt es einen wissenschaftlichen Diskurs, der durch Kritik an sozialer Ungleichheit geprägt ist und auf Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen der Bewohner*innen benachteiligter Quartiere hinweist. Insbesondere durch das Sprechen über sogenannte ethnische Segregation trägt ein solcher Diskurs jedoch auch dazu bei, hegemoniale Definitionen von „wir" und den „ethnisch Anderen" zu (re)produzieren (Yildiz, 2015, S. 296). Eine in diesem Zusammenhang häufig genannte Studie ist die von Heitmeyer und Anhut (2000) über „soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen". So könne die erfahrene Ablehnung durch die „deutschen Bewohner" in den sozial „belasteten" Quartieren zu deutlich sichtbaren „Rückzügen und Selbstethnisierungen, also der Aufwertung der eigenen Gruppe und der Betonung von kultureller Identitätspolitik" (Heitmeyer & Anhut, 2000, S. 563) führen, gleichzeitig warnen sie vor dem Erstarken der „Fremdenfeindlichkeit" unter den „deutschen Bewohnern" (ebd.). Heitmeyer und Anhut (2000) haben damals schon das Phänomen der sogenannten wechselseitigen Radikalisierung in den Blick genommen, das in der Radikalisierungsforschung lange nicht ausreichend beachtet wurde (Ebner, 2018). Die Autoren bedienen sich dazu allerdings einer Sprache, die „den Spielregeln eines hegemonial ausgerichteten kultur-rassistisch deutenden Nationalstaates folgt" (Bukow, 2015, S. 284). Dieses problemfokussierte Sprechen über Migration prägt bis heute sehr stark das Reden und Handeln in marginalisierten Quartieren und Ankommensquartieren (Saunders, 2011), auch wenn im Zuge neoliberaler Reformen in der Stadtentwicklungspolitik eine Ressourcenorientierung stattfindet (Rodatz, 2014). Durch die einer normativen Logik folgende Benennung von Problemindikatoren, wie zum Beispiel der Anzahl an kinderreichen Familien oder Menschen mit Migrationshintergrund, werden die strukturellen

Dr. Britta Elena Hecking

arbeitet seit April 2017 für die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.) und leitet aktuell das Projekt „Kiez-Academy – diskriminierungskritische Perspektiven in der Nachbarschaft". Ihre Arbeitsschwerpunkte bei der KIgA sind sozialraumorientierte Ansätze politischer Bildung und Prävention, Peer-Education, urbane Ungleichheit und räumliche Dimensionen von Ausgrenzung.

Ausgrenzungsmechanismen ausgeblendet, die bestimmte Merkmale der Bewohner*innen erst zu Problemindikatoren machen (Bukow, 2015, S. 271). Wie wirkmächtig diese Diskurse sind, zeigt sich unter anderem in Durchmischungspolitiken und der Warnung vor „Toleranzgrenzen“ und „Belastungsgrenzen“ (Tsianos & Ronneberger, 2009, S. 10): „So fordern viele Kommunalpolitiker, bestimmte Stadtteile vor einem ‚ungesteuerten Zuzug von Ausländern‘ zu bewahren, um der Entstehung von Ghettos entgegenzuwirken.“ (Ebd.)

Die Idee eines Zusammenhangs zwischen Marginalisierung, die sich meist auch in sozialräumlicher Polarisierung widerspiegelt, und Radikalisierung ist in der Radikalisierungsforschung weit verbreitet (Nordbruch, 2016; Nilan, 2019; Siegert & Stapf, 2019). Die Ursache für Radikalisierung wird hier als Suche nach Anerkennung, Idealen oder Zugehörigkeit, oftmals in Verbindung mit Verbitterung über Ungerechtigkeit, Erniedrigung oder Ausgrenzung (Nilan, 2019, S. 49), gedeutet. Quartiere, in denen viele von Diskriminierung betroffene Menschen leben, können demnach zu Orten geteilter Ausgrenzungserfahrungen werden und somit in Abgrenzung zur „verschlossenen Stadt“ stehen, in der die Jugendlichen sowohl auf subtile als auch auf direkte Art Ablehnung und Rassismus erfahren (Blokland & Šerbedžija, 2018, S. 34 f.). Die Quartiere können in diesem Fall ein Gefühl von Sicherheit vermitteln und somit auch das Gemeinschaftsgefühl und die Zugehörigkeit zum Stadtteil stärken. Dies könnte eine emotionale Mobilisierung durch radikalisierte Akteur*innen aus den Quartieren heraus begünstigen. In Bezug auf islamistische Radikalisierung gibt es für den Kontext deutscher Städte jedoch keine/kaum Indizien (Schröder et al., 2019).

El-Mafaalani und Strohmeier (2015, S. 33) deuten eine mögliche Verbindung zwischen sozialräumlicher Marginalisierung und religiös begründeter Radikalisierung aus einer Perspektive an, die beispielsweise die Attraktivität des Salafismus für Jugendliche in Deutschland als subkulturelles Jugendphänomen betrachtet. Dadurch werde Salafismus potenziell attraktiv für marginalisierte Jugendliche, die hier ähnlich wie in anderen jugendlichen Subkulturen Anerkennung, Aufwertung und Handlungsfähigkeit in der Alltagsbewältigung erfahren (ebd., S. 33 f.).

Zugehörigkeiten zu Peergroups und jugendlichen Subkulturen können Radikalisierungsprozessen jedoch auch entgegenwirken. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen sicherer und ermächtigender Räume, in denen die Jugendlichen keine Stigmatisierung, sondern Anerkennung und Handlungsfähigkeit erfahren und Migration und Diversität nicht als Defizite, sondern als Normalität globalisierter Städte betrachtet werden. Wenn Jugendliche jedoch auch zunehmend mit Alltagsrassismus in ihrer Nachbarschaft konfrontiert werden, Jugendeinrichtungen infolge von Verdrängungsprozessen schließen oder Jugendliche aus ihren vertrauten Nachbarschaften wegziehen müssen und somit womöglich ermächtigende Netzwerke verlieren, kann die Funktion der Quartiere als „sichere“ Räume geschwächt werden. Gleichzeitig besteht auch aus dieser Perspektive auf mögliche Zusammenhänge zwischen sozialräumlicher Marginalisierung und Radikalisierung die Gefahr, bestimmte Gruppen und Räume zu stigmatisieren.

Fazit

Die Frage eines Zusammenhangs zwischen religiös begründeter Radikalisierung und sozialräumlicher Marginalisierung ist wissenschaftlich umstritten und birgt aus rassismuskritischer Perspektive (sprachliche) Fallstricke. Denn auch wenn die Studien, die einen solchen Zusammenhang thematisieren, oftmals mit einer Kritik an sozialer Ungleichheit und asymmetrischen Machtbeziehungen einhergehen, tragen sie dennoch dazu bei, sprachlich bestimmte Räume als „gefährlich“ oder „anders“ zu (re)produzieren. Für die Analyse von Konflikt- und Radikalisierungspotenzialen im Kiez, ebenso wie für die kiezorientierte Präventionsarbeit, ist darum eine radikal kritische Reflexion eigener Sichtweisen und Praktiken notwendig: „Denn eine Kritik der eurozentrischen Wissensproduktion über die Stadt erfordert eine fundamentale Dekonstruktion nicht nur des *Konzepts* der europäischen Stadt, sondern all seiner tief in die etablierte Stadtforschung eingeschriebenen Prämissen.“ (Lanz, 2015, S. 77, Herv. i. O.) Eine Frage, die es sich diesbezüglich zu stellen gilt, ist die, wie soziale Stadtentwicklungs- und Präventionspolitiken jenseits von Durchmischungs- und Integrationsparadigmen in globalisierten Stadt(teil)räumen neu gedacht werden können, zum Beispiel durch progressive Citizenship-Konzepte (Rodatz, 2014).

Literatur

Alisch, Monika (2002). Soziale Stadtentwicklung. Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Wiesbaden: Springer VS.

Bayat, Asef (2012). Leben als Politik. Wie ganz normale Leute den Nahen Osten verändern. Hamburg: Assoziation A.

Blokland, Talja & Šerbedžija, Vojin (2018). Gewohnt ist nicht normal. Jugendalltag in zwei Kreuzberger Kiezen. Berlin: Logos Verlag.

Bourdieu, Pierre (2006 [1989]). Sozialer Raum, symbolischer Raum. In Jörg Dünne & Stephan Günzel (Hrsg.), Raumtheorie, Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften (S. 354–368). Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Bukow, Wolf-Dietrich (2015). „Ethnische Segregation". In Aladin El-Mafaalani, Sebastian Kurtenbach & Klaus Peter Strohmeier (Hrsg.), Auf die Adresse kommt es an … Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen (S. 266–293). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Comaroff, Jean & Comaroff, John L. (2005). Reflections on Youth from the Past to the Postcolony. In Alcinda Honwana & Filip De Boeck (Hrsg.), Makers & Breakers. Children and Youth in Postcolonial Africa (S. 19–30). Woodbridge: Boydell & Brewer.

Cooper, Charlie (2009). Rethinking the 'Problem of Youth': Refocusing on the social and its interrelationship with dominant power structures. Youth & Policy, 103, S. 81–92.

Ebert, Julia (2018). Radikalisierungsspirale: Das Wechselspiel zwischen Islamismus und Rechtsextremismus, Abgerufen von: https://www.ufuq.de/radikalisierungsspirale-das-wechselspiel-zwischen-islamismus-und-rechtsextremismus/, [3. November 2020].

El-Mafaalani, Aladin & Strohmeier, Klaus Peter (2015). Segregation und Lebenswelt. Die räumliche Dimension sozialer Ungleichheit. In Aladin El-Mafaalani, Sebastian Kurtenbach & Klaus Peter Strohmeier (Hrsg.), Auf die Adresse kommt es an … Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen (S. 18–42). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter (2004). Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Heitmeyer, Wilhelm & Anhut, Reimund (Hrsg.) (2000). Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim, München: Juventa.

Lanz, Stephan (2015). Über (Un-)Möglichkeiten, hiesige Stadtforschung zu postkolonialisieren. sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 3 (1), S. 75–90.

Lefebvre, Henri (1991 [1974]). The Production of Space. Oxford: Blackwell.

Neue deutsche Medienmacher*innen (o. J.). Glossar. Menschen mit Migrationshintergrund. Abgerufen von: https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/menschen-mit-migrationshintergrund-mh/ [13. Oktober 2020].

Nilan, Pam (2019). Muslim Youth in the Diaspora. Challenging Extremism Through Popular Culture. London & New York: Routledge.

Nordbruch, Götz (2016). Zur Bedeutung von Diskriminierungserfahrungen und gesellschaftlicher Marginalisierung in religiösen Radikalisierungsprozessen. In Demokratiezentrum Baden-Württemberg (Hrsg.), Pädagogischer Umgang mit Antimuslimischem Rassismus. Ein Beitrag zur Prävention der Radikalisierung von Jugendlichen (S. 25–30).

Perlman, Janice (2004). Marginality: From Myth to Reality in the Favelas of Rio de Janeiro, 1969–2002. In Ananya Roy & Nezar Alsayyad (Hrsg.), Urban Informality. Transnational Perspectives from the Middle East, Latin America, and South Asia (S. 105–146). Lanham: Lexington Books.

Projekt „Netzwerke im Stadtteil" (2005). Grenzen des Sozialraums. Kritik eines Konzepts – Perspektiven für Soziale Arbeit. Schriften des Deutschen Jugendinstituts. Wiesbaden: Springer VS.

Ranstorp, Magnus (2016). Die Wurzeln des gewaltbereiten Extremismus. Radicalization Awareness Network Themenpapier, 04/01/2016.

Rodatz, Matthias (2014). Migration ist in dieser Stadt eine Tatsache. Urban politics of citizenship in der neoliberalen Stadt. sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung, 2 (3), S. 35–58.

Roy, Olivier (2017). Jihad and Death. The Global Appeal of Islamic State. London: Hurst & Company.

Saunders, Doug (2011). Arrival City. München: Blessing.

Schröder, Michelle et al. (2019). Sozialräumliche Strategien universeller Prävention islamistischer Radikalisierung. Eine Betrachtung am Beispiel der Dortmunder Nordstadt. FH Münster. Mapex.

Siegert, Wassili & Stapf, Tobias (2019). Quartiere unter Druck? Radikalisierungstendenzen und Potentiale politischer Bildung in belasteten Großstadtquartieren. Berlin: Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung.

Skelton, Tracey & Valentine, Gill (Hrsg.) (1998). Cool Places. Geographies of Youth Cultures. London: Routledge.

Tsianos, Vassilis (2013). Urbane Paniken. Zur Entstehung eines antimuslimischen Urbanismus. In Duygu Gürsel, Zülfukar Çetin & Allmende e. V. (Hrsg.), Wer MACHT Demo_kratie? Kritische Beiträge zu Migration und Machtverhältnissen (S. 22–42). Münster: edition assemblage.

Tsianos, Vassilis & Ronneberger, Klaus (2009). Urbane Paniken. Das Ghetto und die „Parallelgesellschaft". Abgerufen von: www.academia.edu/3381072/Vassilis_Tsianos_Klaus_Ronneberger_Urbane_Paniken_Das_Ghetto_und_die_Parallelgesellschaft [4. November 2020].

Yildiz, Erol (2015). Vom Segregationsdiskurs zur urbanen Alltagspraxis. In Aladin El-Mafaalani, Sebastian Kurtenbach & Klaus Peter Strohmeier (Hrsg.), Auf die Adresse kommt es an … Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen (S. 294–305). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Die Erzählung von der Leistungsgerechtigkeit

Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf den Bildungs(miss)erfolg

Axel Schurbohm, BAG RelEx

Dieser Artikel behandelt die Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf den Bildungserfolg von Kindern und Jugendlichen. Nachdem auf die Bedingungen für Schüler*innen in der Institution Schule aufgrund unterschiedlicher Startbedingungen eingegangen wurde, soll das Verständnis von sozialer Ungleichheit, das diesem Artikel zugrunde liegt, umrissen werden. In der Folge wird aufgezeigt, welche Herausforderungen in der Jugendphase zu bewältigen sind und wie sowohl die Schule als auch die sozioökonomischen Bedingungen in der Familie dazu beitragen können, dass die Bewältigung dieser Aufgaben gelingt oder auch nicht gelingt. Anschließend wird skizziert, inwiefern Menschen, speziell in der Jugendphase, aufgrund unterschiedlicher Faktoren anfällig für einen Radikalisierungsprozess werden können und wie islamistische Gruppierungen Einfallstore wie soziale Ungleichheit in ihrer Ansprache instrumentalisieren können.

Die Erzählung von der Leistungsgerechtigkeit

Leistung zählt und zahlt sich aus, so das in Deutschland gesellschaftlich fest verankerte Narrativ, nicht nur in Bezug auf die Institution Schule. Wer den nötigen Einsatz zeigt, dessen Leistungen werden auch entsprechend gewürdigt und dessen persönliche Talente können zur Entfaltung kommen. Letztendlich soll sich unsere individuelle Leistung auch in unserem Bildungs(miss)erfolg und unserem späteren Erfolg in Leben und Beruf widerspiegeln. Dem entgegen steht jedoch eine Vielzahl an Forschungsergebnissen zu den Themen Bildung und Bildungsgerechtigkeit. Wie Erhebungen (unter anderem PISA, IGLU) mittlerweile über Jahrzehnte dokumentieren, wirkt sich die sozioökonomische Ausstattung des Elternhauses nachhaltig auf die Bildungschancen der Kinder aus. Im Vergleich zu anderen OECD-Staaten hat die Bundesrepublik zwar aufgeholt und in den abgefragten Gebieten wie Leseverständnis und Mathematik leicht sowie im Bereich Naturwissenschaften deutlich besser abgeschnitten. Dies ändert jedoch nichts daran, dass der Schulerfolg in Deutschland weiterhin stärker als im OECD-Durchschnitt von den Startbedingungen im Elternhaus abhängt (OECD, 2018). Dabei hat auch die Bildungsexpansion der 1970er die schichtspezifischen Ungleichheiten nicht auflösen oder abschwächen können. Ganz im Gegenteil hat sie die Situation durch die Inflation der Bildungsabschlüsse nur noch verschärft (Ottersbach, 2015). Zwar führte sie zu einer Zunahme des Besuchs von Vollzeit- und Hochschulen, ließ die Zahl der Realschüler*innen und Gymnasiast*innen steigen und die Zahl der Hauptschüler*innen sinken. Doch hat sich dabei der Anteil an Jugendlichen aus Arbeiter*innenfamilien an Gymnasien seit dieser Zeit nicht erhöht. Betrachtet man die Zusammensetzung der Schüler*innenschaft an Gymnasien, zeigt sich, dass Kinder von Eltern, die selbst das Abitur abgelegt haben, zu einem sehr viel größeren Teil das Gymnasium besuchen als andere (Hurrelmann, 2007). Die Verteilung der Studierenden an deutschen Hochschulen nach sozialer Herkunft zeichnet ein ähnliches Bild. Über 50 Prozent der Student*innen kommen aus einem Haushalt, in dem mindestens ein Elternteil einen Fachhochschul- oder Universitätsabschluss besitzt (Middendorff et al., 2017). Soziale Ungleichheit entsteht also nicht erst mit dem Eintritt in das Arbeits- und Erwachsenenleben, sondern zeigt sich bereits in den unterschiedlichen Teilhabechancen in der Familie, der Schule sowie der Hochschule.

**Soziale Ungleichheit –
stabil weniger als nur Geld**

Trotz einer Vielzahl von Umbrüchen und Veränderungen sind die Strukturen sozialer Ungleichheit in Deutschland weiterhin recht stabil. Es lässt sich beobachten, dass sich der soziale Status von der Generation der Eltern auf den der Kinder reproduziert. Dabei erfolgt die Weitergabe des Status nicht individualisiert, sondern innerhalb klarer und nur schwer zu durchbrechender Grenzen zwischen den sozialen Klassen. Menschen mit geringen Zugangschancen zu wertgeschätzten Gütern und Tätigkeiten haben folglich fast immer auch Eltern, denen diese Zugänge bereits verwehrt waren (Rehbein, 2015). Um jedoch soziale Ungleichheit und die daraus resultierenden Benachteiligungen von Kindern und Jugendlichen sowie die Auswirkungen auf ihren Bildungserfolg greifen zu können, reicht es nicht, den Blick ausschließlich auf die ökonomische Situation der Eltern zu richten. Denn mit geringeren finanziellen Mitteln gehen weitere Benachteiligungen und geringere Zugangschancen einher. Eine Unterscheidung der relevanten Ressourcen innerhalb der Gesellschaft im Sinne Pierre Bourdieus zeichnet ein differenzierteres Bild davon, in welcher Breite Kinder und Jugendliche Benachteiligungen ausgesetzt sein können. Abweichend vom Begriff des Humankapitals unterscheidet Bourdieu drei Kapitalarten: ökonomisches, kulturelles und soziales Kapital. Das ökonomische Kapital umfasst alle Formen des materiellen Besitzes wie Einkommen oder Vermögen. Das kulturelle Kapital, untergliedert in drei Kategorien, umfasst den Besitz kultureller Güter wie Bücher oder Gemälde (objektiviertes kulturelles Kapitel), schulischer Titel und Bildungsabschlüsse (institutionalisiertes kulturelles Kapitel) sowie dauerhafter sozialer Dispositionen (inkorporiertes kulturelles Kapitel). Das soziale Kapital schließlich bezieht sich unter anderem auf das Netzwerk der sozialen Beziehungen, auf die eine Person bei der Lebensgestaltung und -bewältigung zurückgreifen kann (Schwingel, 1995). Die Kapitalarten stehen in wechselseitigen und gleichzeitigen Beziehungen. In ihrer Kombination sorgen höheres Einkommen, höhere Bildung sowie ein tragfähiges Netzwerk für bessere Förderungsmöglichkeiten der Kinder. Wer nach diesem Schema also in einem als „besser“ bewerteten Elternhaus aufwächst, hat von Anfang an auch andere Perspektiven und Möglichkeiten als Kinder und Jugendliche aus einem „schlechteren“ familiären Umfeld (Rehbein, 2015).

Jugendliches Individuum vs. erwachsene Strukturen

Trotz der Herausforderungen des Aufwachsens in einer komplexen Welt kann die Jugendphase wohl weiterhin als Schutzraum und als Phase des Übergangs bezeichnet werden, in der sich Jugendliche auf die spätere Integration in die Gesellschaft vorbereiten können. Doch obwohl sich die Jugendphase seit Beginn des 20. Jahrhunderts stetig ausgedehnt hat, hat sie auch an Selbstverständlichkeit und Verlässlichkeit eingebüßt und einen deutlichen Individualisierungsschub erfahren (Böhnisch, 2005). Folgt man den Befunden von Ulrich Beck (1986, S. 205 ff.), der in seinem Buch *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne* diesen Schub präzisiert, zeigen sich die großen Herausforderungen, die Jugendliche in einer modernen Welt bewältigen müssen. Beck beschreibt diesen Prozess der Individualisierung in drei Dimensionen. In der ersten werden die Jugendlichen aus historisch vorgegebenen Sozialformen und Bindungen herausgelöst. Sie müssen also nicht in der gleichen beruflichen oder gesellschaftlichen Position der Eltern verharren (Freisetzung). Es folgt in der zweiten Dimension der Verlust von traditionellen Sicherheiten in Hinblick auf Handlungswissen, Glauben sowie leitende Normen, weil die Jugendlichen nicht mehr oder nur teilweise auf das Wissen der Eltern zurückgreifen können (Entzauberung). Die dritte Dimension bietet anschließend eine neue Art der sozialen Einbindung, über die die Jugendlichen entscheiden dürfen (Reintegration). Für die Jugendlichen bedeutet dieser Prozess der Individualisierung, dass sie sich neue Formen der sozialen Integration erschließen müssen. Grund dafür ist unter anderem, dass sie in der arbeitsteiligen Gesellschaft von anderen Menschen in vielerlei Hinsicht, nicht zuletzt auch emotional und zur Ausbildung der eigenen Identität, abhängig sind und nur existieren können, wenn sie in irgendeiner Form sozial eingebunden sind (King, 2013). Darüber hinaus sind sie dazu aufgefordert, ihren Bildungsweg erfolgreich zu gestalten, um überhaupt eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten, die es ihnen erlaubt, zumindest den Status des Elternhauses zu erhalten. Somit sind Jugendliche zwar auf der einen Seite von den Zwängen der Verhaltensregulierung teilweise entbunden und genießen einen größeren Gestaltungsspielraum als vorherige Generationen. Auf der anderen Seite sind sie jedoch den ökonomischen Zwängen ausgesetzt, die sie bereits frühzeitig in ihrem Erleben und Handeln beeinflussen.

Die Gesellschaft stellt jungen Menschen einen geschützten Rahmen zur Verfügung, in dem sie sich ausprobieren und entwickeln können. Nichtsdestotrotz werden die Jugendlichen vor komplexe Herausforderungen gestellt, auf die sie aufgrund ihrer sozialen Herkunft unterschiedlich vorbereitet sind und für die sie unterschiedliche Handlungsstrategien entwickeln konnten. Es sind Herausforderungen, die immer auch die Gefahr des Scheiterns bergen. Das Scheitern wird jedoch nicht auf die unterschiedlichen Startbedingungen zurückgeführt. Es wird nicht als Scheitern an (historisch) erwachsenen Strukturen, auch auf institutioneller Ebene, gewertet, sondern als persönliches Scheitern empfunden. Auch auf gesellschaftlicher Ebene wird es als das Scheitern des Individuums gesehen. Beziehen wir Transferleistungen, haben wir keine Berufsausbildung, keinen entsprechenden Schul- oder Hochschulabschluss, dann liegt das in unserer Verantwortung, so die gängigen Narrative. Vermutlich haben wir die falschen Entscheidungen getroffen. Und wahrscheinlich haben wir uns einfach nicht genügend angestrengt. Denn Leistung zahlt sich aus. Oder?

Soziale Ungleichheit in der Schule – ein Radikalisierungsfaktor?

Erfolg oder Misserfolg in der Schule hat große Auswirkungen auf die weiteren Lebens-, Entwicklungs-, Einkommens-, Berufs- und Gestaltungschancen. Daher kann Chancenungleichheit im Bildungssystem gar nicht genug Aufmerksamkeit zuteilwerden. Benachteiligungen in der Schule treffen alle Kinder und Jugendlichen in unserer Gesellschaft, und durch die Herausforderungen der Jugendphase können Misserfolge in der Schule islamistischer Propaganda die Tür öffnen und Jugendliche für den Prozess einer Radikalisierung anfällig machen.[8] Eine Kausalität zwischen Radikalisierung und sozialer Ungleichheit im Kontext Schule kann daraus jedoch nicht abgeleitet werden. Eine Radikalisierung ist ein höchst individueller Prozess, der durch die Wechselwirkung unterschiedlicher Faktoren beeinflusst wird. Daher gilt es von einem einfachen Ursache-Wirkungs-Schema Abstand zu nehmen und jeden Fall individuell zu betrachten (Neumann, 2017). Ein Schüler, dessen Schulabschluss ihn nicht zum Zugang zu einer Hochschule berechtigt, radikalisiert sich nicht zwangsläufig. Ebenso radikalisiert sich eine Studentin, die ihr Studium mit Auszeichnung abgeschlossen hat, nicht zwangsläufig nicht. Nichtsdestotrotz können soziale Ungleichheit und daraus resultierende Benachteiligungen im Bildungssystem ein Faktor in Radikalisierungsprozessen sein. Dieser Faktor kann und muss auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen bearbeitet werden – nicht erst, wenn es darum geht, Faktoren für eine mögliche Radikalisierung auszuschließen.

Axel Schurbohm

ist Sozialarbeiter und Fachreferent für religiös begründeten Extremismus bei der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx). Er war in unterschiedlichen Projekten der Radikalisierungsprävention bei der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. (TGS-H) tätig. Für die Präventions- und Beratungsstelle gegen religiös begründeten Extremismus (PROvention) schulte er in primärpräventiven Angeboten Lehrkräfte und Schüler*innen und beriet Betroffene von religiös motivierter Radikalisierung. Darüber hinaus baute er die „Fachstelle Liberi – Aufwachsen in salafistisch geprägten Familien“ mit auf.

8 Vertiefende Einblicke dazu liefern die Artikel von Dr. Vera Dittmar und Alexander Gesing sowie Matthias Bernhard Schmidt und Sven-Jonas Martiensen in dieser Ausgabe der *Ligante*.

Literatur

Beck, Ulrich (1986). Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.

Böhnisch, Lothar (2005). Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. 4., überarbeitete Auflage. Weinheim: Juventa.

Hurrelmann, Klaus (2007). Lebensphase Jugend. Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung. 9., aktualisierte Auflage. Weinheim: Juventa.

King, Vera (2013). Die Entstehung des Neuen in der Adoleszenz. Individuation, Generativität und Geschlecht in modernisierten Gesellschaften. 2. Auflage. Wiesbaden: Springer.

Middendorff, Elke, Apolinarski, Beate, Becker, Karsten, Bornkessel, Philipp, Brandt, Tasso, Heißenberg, Sonja & Poskowsky, Jonas (2017). Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. Zusammenfassung zur 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF).

Neumann, Peter R. (2017). Was wir über Radikalisierung wissen – und was nicht. In Jana Kärgel (Hrsg.), „Sie haben keinen Plan B". Radikalisierung, Ausreise, Rückkehr – zwischen Prävention und Intervention. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

OECD (2018). Pisa-Studie 2018. Abgerufen von: www.oecd.org/berlin/presse/pisa-studie-2018-leistungen-in-deutschland-insgesamt-ueberdurchschnittlich-aber-leicht-ruecklaeufig-und-mit-grossem-abstand-zu-den-spitzenreitern-03122019.htm [28. Oktober 2020].

Ottersbach, Markus (2015). Migration und soziale Ungleichheit. Die Diskriminierung Jugendlicher mit Migrationshintergrund. In Andreas Thimmel & Yasmine Chehata (Hrsg.), Jugendarbeit in der Migrationsgesellschaft. Praxisforschung zur Interkulturellen Öffnung in kritisch-reflexiver Perspektive (S. 71–91). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Rehbein, Boinke et al. (2015). Reproduktion sozialer Ungleichheit in Deutschland. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Schwingel, Markus (1995). Bourdieu zur Einführung. Hamburg: Junius Verlag.

Umgang mit sozialer Ungleichheit im Kontext von Radikalisierungen

Arm und radikal?

Auswirkungen von sozialer Ungleichheit auf Hinwendungsprozesse zum religiös begründeten Extremismus

Dr. Vera Dittmar und Alexander Gesing, IFAK e. V., Beratungsnetzwerk Grenzgänger

Eine Radikalisierung im Bereich des religiös begründeten Extremismus stellt einen Hinwendungsprozess dar, in dem Betroffene eine gewisse Distanz zur herrschenden politischen Ordnung entwickeln und sich einer religiös-ideologischen Weltanschauung annähern. Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage, inwiefern Ungleichheitserfahrungen in Form von Benachteiligungen sowie Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen zu diesem Prozess beitragen. Bevor dies anhand eines Fallbeispiels erläutert wird, wird auf den Forschungsstand zu Ursachen von Hinwendungsprozessen eingegangen. Dabei werden sowohl allgemeine Ursachen wie auch soziale Ungleichheit im Speziellen thematisiert.

Ursachen von Hinwendungsprozessen

In der Fachliteratur werden derzeit zahlreiche Faktoren diskutiert, die eine Hinwendung zu islamistischen Deutungs- und Zugehörigkeitsangeboten begünstigen. Während im späteren Verlauf des Radikalisierungsprozesses der „wahre“ Islam als Legitimationsquelle dient, sind im früheren Verlauf eher soziale und biografische Motive entscheidend (Glaser, Herding & Langner, 2018; Sinclair, 2010). Insbesondere typische Bedürfnisse der Jugendphase können als relevante Faktoren angesehen werden, weil diese erstaunlich gut mit den Angeboten der islamistischen Szene harmonieren. So wird das Bedürfnis nach Gemeinschaft durch das Angebot der Szene beantwortet, sich als „Glaubensbruder und -schwester“ einer Gruppe zugehörig zu fühlen und dadurch Anerkennung und Unterstützung zu erfahren (Sagemann, 2017). Der Suche nach Lebenssinn und Orientierung wird entsprochen, indem der Alltag strukturiert wird und einfache Interpretationsangebote für gesellschaftliche Konflikte geschaffen werden. Auch die für die Jugendphase typische Empörung über Ungerechtigkeiten wird von der islamistischen Szene aufgegriffen, indem insbesondere auf die Benachteiligung von Muslim*innen verwiesen wird.

Diese hier verkürzt dargestellten Bedürfnisse, die insbesondere die Jugendphase prägen, können zwar allein keine Radikalisierung erklären, lassen jedoch die Attraktivität der Szene für junge Menschen zu diesem Entwicklungszeitpunkt verständlich werden. Darüber hinaus können auch persönliche Krisen wie der Verlust von Bezugspersonen, gewaltnahe Familienstrukturen oder persönliche Misserfolgserfahrungen eine kognitive Öffnung für islamistische Angebote hervorrufen (Wiktorowicz, 2005). Außerdem können Erfahrungen von fehlender Anerkennung, Diskriminierung oder Islamfeindlichkeit durch die Mehrheitsgesellschaft eine Offenheit für extremistische Angebote bewirken (El-Mafaalani et al., 2016). Auch sogenannte stellvertretende Diskriminierungserfahrungen, also Erfahrungen, bei denen beispielsweise Angehörige der eigenen Gemeinschaft betroffen waren und nicht man selbst, können erhebliche und nachhaltige Auswirkungen haben. Dabei ist zu beachten, dass im Zuge einer Hinwendung auch persönliche Misserfolgserlebnisse im Nachhinein als Diskriminierung uminterpretiert werden (Kiefer et al., 2017). Insbesondere bei starken Ausgrenzungserfahrungen und bei als gravierend erlebten Diskriminierungen kommt es jedoch oftmals zur Selbstausgrenzung (als Umkehr der Ausgrenzung durch andere) und zur Selbstaufwertung (als Umkehr der Abwertung). Dies wirkt entlastend und ermächtigend, wodurch der Leidensdruck reduziert wird.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die meisten Wissenschaftler*innen von multiplen Radikalisierungsursachen ausgehen, die immer individuell vorhanden sind und verschieden wirken. Neben den geschilderten Faktoren gehört dazu auch die Erfahrung von Unzufriedenheit und von Konflikten (Neumann, 2013). Inwiefern diese Erfahrungen von dem Erleben sozialer Ungleichheit befeuert werden (können), wird im Folgenden reflektiert.

Die Bedeutung sozialer Ungleichheit für Hinwendungsprozesse

Wenn nun mögliche Zusammenhänge zwischen sozialer Ungleichheit und Hinwendungsprozessen diskutiert werden, ist zunächst festzuhalten, dass unter sozialer Ungleichheit bestimmte vorteilhafte oder nachteilige Lebensbedingungen von Menschen verstanden werden, die diesen aufgrund ihrer Positionen in den gesellschaftlichen Beziehungsgefügen zukommen. Dabei sind (un-)vorteilhafte Lebensbedingungen jedoch nur dann als soziale Ungleichheit zu bezeichnen, wenn die folgenden drei Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens müssen die Lebens- oder Handlungsbedingungen einen gesellschaftlichen Wert darstellen, das heißt ein knappes und begehrtes Gut sein. Dazu gehören klassischerweise das Einkommen und der Besitz, aber auch Bildung und Wohnraum. Zweitens müssen die knappen und begehrten Güter ungleich verteilt sein. Und drittens müssen Verteilungsmechanismen existieren, die strukturell in der Gesellschaft verankert sind (Hradil & Schiener, 2001) und sich auf die Gesellschaftsmitglieder ungleich auswirken. So gibt es nach wie vor deutliche Differenzen in den Zugängen zu hohen Bildungsabschlüssen, zum Beispiel spielen hier der Migrationshintergrund und die Bildungsnähe des Elternhauses eine große Rolle, was dann wiederum ein Lohngefälle nach sich zieht. Wesentlich für unsere Fragestellung ist in diesem Zusammenhang, dass auch Prozesse der Diskriminierung und Ausgrenzung als Verteilungsmechanismus wirken. So zeigen zahlreiche Studien, dass ein hoher Bildungsabschluss, der in der Regel mit einem hohen Einkommen verbunden ist, durch eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt entwertet wird (Hipp, 2016).

Aus soziologischer Perspektive stellt sich daher die Frage, ob Diskriminierung, insbesondere in unserer Einwanderungsgesellschaft, als eine eigenständige Ursache für die Reproduktion sozialer Ungleichheiten angesehen werden sollte (Scherr, 2008). Dementsprechend gilt es zu betrachten, ob sie als Erklärung für den Widerspruch moderner Gesellschaften zwischen „ihrem Selbstverständnis als Gesellschaften freier und gleicher Individuen und der Realität ungleicher Lebensbedingungen und Lebenschancen“ (Scherr, 2010, S. 35) dienen kann. Denn wissenschaftlich belegt ist die Tatsache, dass diskriminierende Beurteilungen und sozioökonomische Ungleichheiten häufig miteinander verknüpft sind und es daher notwendig ist, wechselseitige Verschränkungen mitzudenken (Scherr, 2010).

Soziale Ungleichheit wird an bestimmten Punkten in der individuellen Lebenslage erfahrbar. Insbesondere die Auseinandersetzung mit den eigenen Nachteilen sowie den eigenen (etwa sozioökonomischen und bildungsbezogenen) Möglichkeiten und Grenzen macht die eigene Lage im Gefüge sozialer Ungleichheit bewusst. Die Auswirkungen von sozialer Ungleichheit und Erfahrungen von Diskriminierung werden als ungerecht empfunden und können zu einer grundsätzlichen Unzufriedenheit führen. Genau diese Unzufriedenheit mit den persönlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen kann, wenn sie in der Biografie als wiederkehrendes und fundamentales Element erlebt wird, eine prozessuale Hinwendung zu islamistischen Strömungen unterstützen. Relevant ist dabei auch hier, dass die Wahrnehmung der eigenen Person als benachteiligt erhebliche Auswirkungen auf die eigene Identität hat, insbesondere bei einer großen Diskrepanz zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung (Akkuş et al., 2020; Lützinger, 2010).

Aufgrund der immensen Auswirkungen der strukturell in der Gesellschaft verankerten sozialen Ungleichheit ist auch das Konzept der Lebenslage in die Betrachtung der Gründe für Hinwendungsprozesse einzubeziehen.

> *„Als ‚Lebenslage' wird die Gesamtheit der äußeren Bedingungen bezeichnet, durch die das Leben von Personen oder Gruppen beeinflusst wird. Die Lebenslage bildet einerseits den Rahmen von Möglichkeiten, innerhalb dessen eine Person sich entwickeln kann, sie markiert deren Handlungsspielraum. Andererseits können Personen in gewissem Maße auch auf ihre Lebenslagen einwirken und diese gestalten."* (Engels, 2008, S. 1)

Vor allem ist es bezüglich dieses spezifischen Forschungsanliegens interessant, sich die Lebenslage der Armut näher anzuschauen, die durch eine „mehr oder weniger prekäre Einkommenssituation in Verbindung mit anderen Deprivationen und mangelnden Verwirklichungschancen" (Maier, 2009, S. 25) gekennzeichnet ist. Denn diese Aspekte zeigen sich in allen gesellschaftlichen Teilbereichen, wie beispielsweise Bildung, Wahlrecht, Wohnsituation, gesundheitliche Betreuung, und führen zur (Wahrnehmung der) sozialen Ungerechtigkeit und damit zur bereits erörterten Unzufriedenheit. Es dürfte hier auch eine Rolle spielen, dass von Armut betroffene Menschen weniger Ressourcen aufbringen können, um ihre persönlichen Krisen zu meistern. Zudem verfügen sie möglicherweise über weniger relevante soziale Netzwerke und Resilienz, um ihre prekäre Lebenslage eigenständig bewältigen zu können (Balz, 2018), sodass sie unter Umständen eher auf Unterstützungsangebote der islamistischen Szene eingehen könnten.

Zusammenfassend zeigen sich demnach mindestens zwei Verbindungen zwischen sozialer Ungleichheit und islamistischen Hinwendungsprozessen: Erstens kann soziale Ungleichheit als subjektiv ungerecht empfunden werden, wodurch Unzufriedenheiten entstehen, die Radikalisierungsprozesse befeuern können. Erfahrungen von Diskriminierung oder Ausgrenzung können hierbei noch zusätzlich verstärkend wirken. Zweitens können in prekären Lebenslagen weniger individuelle Ressourcen zur Bewältigung persönlicher Krisen vorhanden sein, weshalb Unterstützungsangebote der islamistischen Szene unter Umständen relevant sein könnten. Im Folgenden werden diese Überlegungen anhand eines Fallbeispiels dargestellt.

Dr. Vera Dittmar

hatte eine Juniorprofessur für Soziologie an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe inne und ist wissenschaftliche Leiterin der Forschungsstelle Deradikalisierung (FORA). Sie ist für das Beratungsnetzwerk Grenzgänger tätig und forscht in Kooperation mit dem Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Ihr aktuelles Forschungsprojekt beschäftigt sich mit den Potenzialen der systemischen Beratung als Ansatz zur Deradikalisierung. Neben soziologischen und forschungsmethodischen Fragen forscht Dr. Vera Dittmar zu religiös begründetem Extremismus islamistischer Ausprägung.

Alexander Gesing

studierte Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe und Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Globalisierung, Transnationalisierung und Governance an der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Duisburg-Essen. Während und nach seinem Studium war er in unterschiedlichen Positionen in der stationären Kinder- und Jugendhilfe tätig. Außerdem war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Teilprojektmanager im Projekt „Vaterschaft zwischen Jugendhilfeerfahrung und väterlicher Kompetenz" im Central European Network on Fatherhood (CENOF) der Universität Wien und der Fachhochschule Dortmund tätig. Alexander Gesing ist als stellvertretender Projektleiter und als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Berater beim Beratungsnetzwerk Grenzgänger tätig.

Darstellung der Überlegungen anhand eines Fallbeispiels

Wie bereits beschrieben, gibt es aus der Sicht von Praktiker*innen keinen direkten Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und einer Abwendung von der gesellschaftlichen Werteordnung. Denn es werden insbesondere intrapersonelle Faktoren und solche des unmittelbaren sozialen Kontextes als für einen Hinwendungsprozess ursächlich angesehen. Anhand eines Fallbeispiels wird im Folgenden jedoch aufgezeigt, inwieweit sich soziale Ungleichheit dennoch als ein erklärender Faktor eignet und weshalb eine Betrachtung aus dieser Perspektive lohnt.

> *Ein junger Mann aus dem Brennpunktviertel einer Ruhrgebietsstadt ist derzeit arbeitslos gemeldet und findet keinen Ausbildungsplatz. Seine Familie lebt in dritter Generation in Deutschland. Die Eltern leben getrennt. Der Vater ist Hilfsarbeiter in einem großen Unternehmen. Die Mutter geht keiner Erwerbsarbeit nach und hat eine neue Familie gegründet. Während seiner Schulzeit fiel der junge Mann immer wieder durch Diskussionen auf, in denen er Ungerechtigkeiten anprangerte, die ihm widerfahren seien. Seine Leistungen fielen in der Zeit stark ab, die Familie konnte ihm nicht bei der Bewältigung des Lernstoffs helfen oder eine Nachhilfe finanzieren. Sein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn brachte ihm ein hohes Ansehen unter den Mitschüler*innen ein, ungeachtet seiner immer deutlicher werdenden islamistischen Rhetorik in Zwiegesprächen und im Unterricht und seines Abwendens von alten Freunden.*

Die Arbeit mit dem jungen Mann zeigte, wie wenig Chancen er in seinem Leben für sich sah, einer geregelten Arbeit nachzugehen, obgleich er dies als sein Ziel formulierte. Schon eine Ausbildung abzuschließen, nahm er als gesellschaftlichen Aufstieg wahr. Hier zeigt sich die hohe Diskrepanz zwischen seinem Wunsch nach (gesellschaftlicher) Anerkennung und Erfolg sowie seinen wiederholten Misserfolgserfahrungen bei dem Versuch, diese Ziele zu erreichen.

Schon in der Schulzeit konnte der junge Mann nicht auf die Ressourcen der Familie zurückgreifen, denn diese war ebenfalls bildungsbenachteiligt und auch nicht in der Lage, ihm bei Bewerbungen auf einen Ausbildungsplatz nach der Schule zu helfen. Auch sie waren aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse und der daraus entstehenden Probleme häufig unzufrieden, worunter das Familienklima litt. Zudem wurde die Situation dadurch emotional schwieriger, dass die Eltern Druck ausübten, aber keine Hilfestellung leisten konnten. Darüber hinaus wuchs in dem jungen Mann der Eindruck, dass seine Bewerbungen nur aufgrund seines Namens abgelehnt würden, der auf die Migrationserfahrung seiner Familie schließen lasse.

Seine Situation weckte in ihm ein hohes Ungerechtigkeitsempfinden, da er aus seiner Sicht nicht gerecht behandelt wurde. Die wahrgenommenen fehlenden Aufstiegschancen und den ausbleibenden Erfolg bei seiner Ausbildungsplatzsuche konnte er kompensieren, indem er über die von ihm erlebte Ungerechtigkeit diskutierte und die Ursachen seiner mangelnden Erfolge somit externalisierte. Hier beeindruckte er mit Diskussionsgeschick und der Fähigkeit, alle Unterrichtsthemen auf eine Ungerechtigkeitsdebatte oder den in seinen Augen einzig wahren Glauben zu lenken. Damit erlebte er ein hohes Maß an Aufmerksamkeit von Mitschüler*innen und Lehrkräften, mit dem er seine Selbstwirksamkeitserwartungen erhöhen konnte.

Zusätzlich erfuhr er vermutlich im Zuge der Annäherung an eine islamistische Ideologie Anerkennung und familiäre Nähe seitens seiner Brüder, sodass er die Misserfolge und fehlenden Handlungsoptionen auch durch die Aufwertung der eigenen Identität kompensieren konnte. Seine Hinwendung bot ihm eine Erklärung für seine Situation, benannte Schuldige, kanalisierte Wut und Frustration und stellte damit eine Entlastung für ihn dar. Darüber hinaus wirkte die islamistische Ideologie attraktiv, weil sie die empfundene soziale Benachteiligung und Abwertung seiner Person qua Gruppenzugehörigkeit als Mensch mit Migrationsgeschichte und Muslim durch eine Aufwertung der eigenen Gruppe und des eigenen Selbst ersetzte und die vermeintlich Schuldigen, also diejenigen, die die gesellschaftlichen Vorteile genießen, abwertete.

Fazit

Dass in der deutschen Gesellschaft soziale Ungleichheit vorhanden ist, bedarf keines weiteren Beweises. Dass und inwiefern soziale Ungleichheit allerdings mit einer individuellen Hinwendung zu extremistischem Gedankengut korrespondiert, wurde in diesem Artikel beleuchtet. Anhand theoretischer Überlegungen und eines Praxisbeispiels wurde aufgezeigt, dass die Erfahrung, von der Außenwelt benachteiligt, ausgegrenzt oder diskriminiert zu werden, eine Hinwendung zu islamistischem Gedankengut fördern kann. Als einzig erklärender Faktor eines Hinwendungsprozesses kann sie jedoch nicht dienen.

Die Implikationen sind vielfältig. So wäre es sinnvoll, auf gesellschaftlicher Ebene Prozesse der sozialen Ungleichheit nicht weiter zu verstärken, sondern die Durchlässigkeit von Gesellschaftsschichten zu erhöhen. Daneben muss es unabhängig von der Betrachtung religiös begründeter Radikalisierung Menschen in Deutschland ermöglicht werden, ein Leben zu führen, das frei von Erfahrungen von Ausgrenzung oder Benachteiligung ist.

In der Praxis ist auf der individuellen, fallbezogenen Ebene je nach Beratungssetting und Radikalisierungsstufe aus unserer Sicht anzuraten, einen empowernden, machtkritischen und auf Partizipation aufbauenden Ansatz in der Beratung anzuwenden. Die Auswirkungen sozialer Ungleichheit können in der Fallarbeit nicht aus der Welt geschafft oder wegdiskutiert werden – auch Praktiker*innen der Präventionsarbeit können sich hier mitunter machtlos fühlen. Sie gemeinsam mit den Betroffenen zu reflektieren und dabei Strategien für die eigene Lebenslage zu entwickeln, könnte im Vordergrund stehen. Das Gefühl der Ohnmacht bezogen auf die eigene Lage könnte hier kleinschrittig durch Wirksamkeitserfahrungen verringert werden. Gleichfalls sollten Praktiker*innen aus der Präventionspraxis die Sensibilität für (re-)produzierte Ungleichheiten als Ressource sehen. Falls der Prozess der Hinwendung jedoch bereits weiter fortgeschritten ist, eignet sich unter anderem die systemische Beratung als Ansatz zur Deradikalisierung (Dittmar, 2020), der oben genannte Aspekte ebenfalls mitdenken kann.

Literatur

Akkuş, Umut, Toprak, Ahmet, Yilmaz, Deniz & Götting, Vera (2020). Zusammengehörigkeit, Genderaspekte und Jugendkultur im Salafismus. Wiesbaden: Springer VS.

Balz, Hans-Jürgen (2018). Prekäre Lebenslagen und Krisen. Strategien zur individuellen Bewältigung. In Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh, Hildegard Mogge-Grotjahn (Hrsg.), Handbuch Armut und soziale Ausgrenzung, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage (S. 643–662). Wiesbaden: Springer VS.

Dittmar, Vera (2020). Systemische Beratung als Ansatz zur Deradikalisierung im Kontext des religiös begründeten Extremismus. In Veröffentlichung.

El-Mafaalani, Aladin, Fathi, Alma, Mansour, Ahmad, Müller, Jochen, Nordbruch, Götz & Waleciak, Julian (2016). Ansätze und Erfahrungen der Präventions- und Deradikalisierungsarbeit. HSFK-Report Nr. 6/2016 (HSFK-Reportreihe „Salafismus in Deutschland“, hrsg. von Janusz Biene, Christopher Daase, Svenja Gertheiss, Julian Junk & Harald Müller).

Engels, Dietrich (2008). Lebenslagen. In Bernd Maelicke (Hrsg.), Lexikon der Sozialwirtschaft. Baden-Baden: Nomos.

Glaser, Michaela, Herding, Maruta & Langner, Joachim (2018). Warum wenden sich junge Menschen dem gewaltorientierten Islamismus zu? Eine Diskussion vorliegender Forschungsbefunde. In Michaela Glaser, Anja Frank & Maruta Herding (Hrsg.), Gewaltorientierter Islamismus im Jugendalter. Perspektiven aus Jugendforschung und Jugendhilfe (S. 12–24). Weinheim, Basel: Beltz Juventa.

Hipp, Lena (2016). Diskriminierung und Ungleichheiten am Arbeitsmarkt. Abgerufen von: www.bpb.de/apuz/221588/ungleichheiten-und-diskriminierung-auf-dem-arbeitsmarkt [10. Oktober 2020].

Hradil, Stefan & Schiener, Jürgen (2001). Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Leske + Budrich.

Kiefer, Michael, Hüttermann, Jörg, Dziri, Bacem, Ceylan, Rauf, Roth, Viktoria, Srowig, Fabian & Zick, Andreas (2017). „Lasset uns in sha’a Allah ein Plan machen“. Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden: Springer.

Lützinger, Saskia (2010). Die Sicht der Anderen. Eine qualitative Studie zu Biographien von Extremisten und Terroristen. Polizei + Forschung, Band 40. Bundeskriminalamt.

Maier, Konrad (2009). Armut als Thema der Sozialen Arbeit. Freiburg: FEL.

Neumann, Peter R. (2013). Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus. Politik und Zeitgeschichte, 63, S. 29–31.

Sageman, Marc (2017). Misunderstanding Terrorism. Philadelphia: University of Pennsylvania Press.

Scherr, Albert (2008). Diskriminierung: eine eigenständige Kategorie für die soziologische Analyse der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten in der Einwanderungsgesellschaft? In Karl-Siegbert Rehberg (Hrsg.), Die Natur der Gesellschaft. Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Teilband 1 und 2 (S. 2007–2017). Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Scherr, Albert (2010). Diskriminierung und soziale Ungleichheiten. In Ulrike Hormel & Albert Scherr (Hrsg.), Diskriminierung: Grundlagen und Forschungsergebnisse (S. 35–60). Wiesbaden: Springer VS.

Sinclair, Kirstine (2010). The Caliphate as Homeland: Hizb ut-Tahrir in Denmark and Britain. PhD dissertation. University of Southern Denmark.

Wiktorowicz, Quintan (2005). Radical Islam Rising. Muslim Extremism in the West. Lanham: Rowman & Littlefield.

Soziale Ungleichheit in Ansprache und Ideologie islamistischer Gruppen

Eine Analyse am Fallbeispiel der Hizb ut-Tahrir

Matthias Bernhard Schmidt und Sven-Jonas Martiensen, BIG e. V., Kamil 2.0

Dieser Artikel bietet als Praxisbericht einen kurzen erfahrungs- und analysegestützten Einblick in einen Aspekt der von der Gruppe verwendeten Narrative und ergänzt diesen um Anregungen für die Praxis. Objekt der knappen Analyse ist das Aufgreifen sozialer Ungleichheit im öffentlichen und nichtöffentlichen Auftreten der HuT. Dieser vorangestellt sei die Feststellung, dass die Wirkmächtigkeit politislamistischer Ansprachen im Allgemeinen und die der HuT im Besonderen multifaktoriell ist. In der Ansprache islamistischer Akteur*innen spielen genuin theologische Diskurse eine in der Präventionsarbeit häufig unterschätzte Rolle. Die Autoren verfolgen in ihrer Präventionsarbeit deshalb einen ganzheitlichen Ansatz, auf den im Rahmen der Anregungen für die Praxis genauer eingegangen wird.

Die Hizb ut-Tahrir („Partei der Befreiung", HuT) ist eine in den 1950ern gegründete panislamistische Partei, die im Kontext des Israel-Palästina-Konflikts die Befreiung Palästinas und die aller Muslim*innen durch die Errichtung eines transnationalen Kalifats zum Ziel hat.[9] Die in Deutschland seit 2003 verbotene Gruppierung tritt hierzulande vor allem im digitalen Raum durch „Realität Islam" und „Generation Islam" in Erscheinung, wo sie sich nicht offen als HuT zu erkennen gibt (BfV, 2020). Nach außen weniger sichtbar sind die nichtöffentlichen Treffen in kleinen elitären Gruppen, die in einem Gesamtnetzwerk der HuT agieren. Dort werden die für die HuT typischen Themen sehr viel offener behandelt als im öffentlichen Raum. Die HuT ist weder inhaltlich noch historisch salafistisch und weist in Methodik und Dogmatik auch zum sunnitischen Islam gewichtige Unterschiede auf. In den letzten Jahren vermehrt in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist die HuT nicht zuletzt deshalb, weil sie im Internet mit attraktiven Onlineauftritten das Vakuum füllt, das durch Löschung beziehungsweise Sperrung diverser salafistischer Plattformen entstanden ist. Zudem konnte sie auch durch die 2018 gestartete Petition „Deine Stimme gegen das Kopftuchverbot" zumindest innermuslimisch eine große Aufmerksamkeit erregen.

Öffentlicher Auftritt in sozialen Medien

Das Aufgreifen sozialer Ungleichheit im Onlineauftritt der Hizb ut-Tahrir ist, obgleich oft nur subtil angeschnitten, im Zusammenspiel von Anspruch, Inhalt und Auftreten klar erkennbar. Besagtes Zusammenspiel funktioniert vereinfacht wie folgt: Die HuT spricht als religiöse Stimme mit Autoritäts- und Vertretungsanspruch Muslim*innen an und bedient sich dabei Mitteln, die mehrheitsgesellschaftlich wirksamen Authentizitätsfaktoren gleichen. Diese werden im weiteren Verlauf des Artikels thematisiert. Hinzu kommen vereinfachte inhaltliche Darstellungen komplexer Muslim*innen betreffender Themen, die in der Regel einem Freund-Feind-Schema entsprechen.

9 Als weiterführende Literatur zur Hizb ut-Tahrir werden die Werke von Pankhurst (2013, 2016) empfohlen.

Das äußere Erscheinungsbild der Akteure entspricht eher der „Norm“ der bürgerlichen Mittelschicht, ist allerdings durch den Bart und andere Kleinigkeiten dennoch als grundsätzlich muslimisch lesbar. Hier ist ein implizites Aufwerten der eigenen Aussagen durch Übernahme eines als professionell geltenden Kleidungsstils erkennbar. Insbesondere der Auftritt von „Realität Islam“ ist dem Format nach offensichtlich einer Nachrichtensendung nachempfunden, was einen klaren, objektiven und professionellen Informationsanspruch impliziert. Besagte Akteur*innen sind professionell wirkende, bewusst möglichst formelles Deutsch sprechende Muslim*innen, die sich öffentlich den vermeintlichen Belangen vor allem deutscher Muslim*innen widmen. Es treten also nicht die Abgehängten, Sprachlosen, Ausgegrenzten auf, sondern selbstbewusste, vermeintlich reflektierte und gebildete Muslim*innen. Dies macht die Ansprache äußerst wirksam: Muslim*innen sprechen zu Muslim*innen. Vertrauens- und verständnisvoll, stark, selbstbewusst und mit Nachdruck richten sie Ansagen und Forderungen an „die Mehrheitsgesellschaft“ und „die Politik“, ohne von diesen jedoch besonders wahrgenommen zu werden. Man präsentiert sich als die Stimme der vermeintlich rechtlosen Muslim*innen und des von allen Seiten zu Unrecht angefeindeten Islams. In Anbetracht einer medialen Landschaft, in der überproportional häufig über Muslim*innen, Islam, Migrant*innen, Geflüchtete und als muslimisch geframte Menschen gesprochen wird, ist Sprache dabei leider oft ein Problem. Denn Nichtmuslim*innen sprechen öffentlich über Muslim*innen und „den Islam“, nicht selten mit in schönen Worten verpacktem latentem Rassismus. Dies oder in Islamkritik gehüllte Phrasen von Muslimfeindlichkeit sind für Muslim*innen aber kaum überhör- beziehungsweise „überfühlbar“. An dieser Stelle setzt die HuT an: Ihre Angehörigen reden mit, sie antworten, sie sprechen als Muslim*innen für Muslim*innen, und ihre Zielgruppe fühlt sich in ihrer wahrgenommenen Benachteiligung nicht nur verstanden, sondern auch in ihren Anliegen vertreten und verteidigt.

Die HuT greift relevante Themen geschickt auf und spricht im Rahmen sozialer Ungleichheit auch über Phänomene wie den antimuslimischen Rassismus (AMR), Marginalisierung und Stigmatisierung, wobei die Übergänge zwischen ihren Narrativen fließend sind und sie sich gegenseitig verstärken oder bedingen. Was auf den ersten Blick gut und richtig wirkt, birgt bei genauerer Analyse von Anspruch und Ausdruck jedoch mindestens zwei Probleme: Zunächst bilden oder festigen sich Ressentiments gegenüber Nichtmuslim*innen oder, präziser, gegenüber den angeblich die Mehrheitsgesellschaft bestimmenden und lenkenden Institutionen („die Medien“, „die Politiker*innen“ …).

Diese Unterscheidung ist angesichts der Rezeption und Nutzung rechter Parolen und Phrasen hinsichtlich einer angeblichen Wertediktatur, in der man nichts mehr sagen dürfe, sinnvoll und notwendig. Der Fokus der HuT richtet sich in diesem Kontext klar auf Institutionen oder deren Repräsentant*innen, weniger auf „Normalbürger*innen“. Zum anderen gräbt die HuT den etablierten Islamverbänden, die die Mehrheit der religiös praktizierenden Muslim*innen in Deutschland repräsentieren, sowohl in der innermuslimischen als auch in der gesamtgesellschaftlichen Öffentlichkeit das Wasser ab. Sie reagiert zügig auf gesellschaftliche und politische Entwicklungen und verwertet diese in ihren Onlineformaten. Dabei ist sie viel schneller und kann auch unbedachter vorgehen, weil sie keine Religionsgemeinschaft mit verschiedensten Organen, Funktionär*innen und einer breiten Basis ist. Die HuT muss weder eine böswillige Deutung der eigenen Worte im öffentlichen Diskurs noch die – ohnehin bereits erfolgende – Beobachtung durch den Verfassungsschutz fürchten. In beiden Bereichen hat die HuT längst nichts mehr zu verlieren. Gleichzeitig kann legitime Kritik in Diskussionen um etwaige Kopftuchverbote in Grundschulen oder Ähnliches delegitimiert werden. Nachdem Diskurse durch Akteur*innen der HuT vergiftet sind, ist es schwer, sich aus muslimischer Perspektive sachlich an diesen zu beteiligen und gleichzeitig nicht von Dritten mit den Extremist*innen in einer Ecke verortet zu werden.

Die öffentliche, professionelle Existenz als Muslim*in wird von der HuT so in einen stetigen Konflikt mit „den anderen“ gestellt – sei es mit den muslimischen Verbänden, sei es mit der dämonisierten nichtmuslimischen Mehrheitsgesellschaft. Dieses Narrativ funktioniert allerdings nur, solange die HuT genug Anlass hat, sich als Advokatin der Muslim*innen auch in ihren sozialen Belangen zu verdingen.

Erfahrungen im nichtöffentlichen Auftreten

Für den nichtöffentlichen Raum können grundsätzlich ähnliche Aussagen getroffen werden. Die Zielgruppe für persönliche Ansprachen bilden sowohl Anhänger*innen der Gruppe als auch potenziell interessierte Außenstehende, in der Regel andere junge Muslim*innen. Als besonders relevant erwiesen hat sich unserer Beobachtung nach ein Verlauf von Vereinnahmung durch die HuT, bei dem das subjektive Erfahren sozialer Ungleichheit eine Schlüsselfunktion haben kann. Das Erfahren übernimmt in diesem Prozess zweierlei Aufgaben: Es kann empfänglich machen für extremistische Ansprachen. Und wenn die Anwerbung durch einen Erstkontakt erfolgreich war, kann es im Rahmen direkter Gespräche oder nichtöffentlicher Treffen als Katalysator einer Radikalisierung wirken. Damit eine Ansprache ihre Wirkmächtigkeit entfalten kann, scheint sowohl das Aufgreifen sozialer Ungleichheit als auch das Anbieten von ideologischen Lösungen in Form alternativer Möglichkeiten zur Teilhabe oder Aufwertung muslimischer Restidentität entscheidend zu sein. In diesem Fall wird das Muslimsein einer Person, das in der bisherigen Lebensgestaltung keine zentrale Position eingenommen hat, zum wichtigsten Identitätsmarker erhoben. Dabei steht jedoch weniger die innere Überzeugung von Glaubensinhalten im Fokus als vielmehr die Zuschreibung zur Gruppe der Muslim*innen und eine darauf bauende enorme Aufwertung.

Die HuT greift Themen sozialer Ungleichheit auch im nichtöffentlichen Raum auf und wertet Erfahrungen und Gefühle von Ausgrenzung und Benachteiligung religiös auf. Die persönlichen Erfahrungen sind, hat man das Narrativ von Gut und Böse verinnerlicht, nicht mehr nur Ergebnis gesellschaftlicher Missstände. Vielmehr scheint eine Benachteiligung aktiv gewollt und gilt als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Gruppe. Soziale Ungleichheit wird als Ergebnis eines externen Angriffs auf den Islam als Ganzen stilisiert. Dieses an Verschwörungserzählungen erinnernde Narrativ gehört zum Standardrepertoire der Gruppe und manifestiert sich beispielsweise auch in der leider längst noch nicht ausgedienten Dichotomie von „dem Westen“ und „dem Islam“. Dass der oder die Einzelne Benachteiligung erlebt hat, wirkt durch diese politisierte, vordergründig religiöse Aufwertung identitätsstiftend. Wie bereits thematisiert, ist an dieser Stelle ein katalysatorischer Effekt möglich, da die Angesprochenen oft persönlich betroffen sind, das Abgrenzen also immer neu bedient werden kann. Rassismus- oder Ausgrenzungserfahrungen infolge religiös intendierter Aussagen oder Handlungen können zusätzlich verstärkend wirken.

In unseren Beobachtungen und der Auseinandersetzung mit den nichtöffentlichen Ansprachen der HuT, mit Fokus auf dem Aufgreifen sozialer Ungleichheit, hat sich auch das Anbieten alternativer Möglichkeiten zur Teilhabe als relevant erwiesen. Dieses Angebot ist zwar eindeutig formuliert, es ist jedoch eher ein Versprechen für die ferne Zukunft: Im Kalifat werde alles besser. Dort gebe es Gerechtigkeit, dort kann jede*r etwas werden, sogar jemand sehr Gewichtiges – sofern die Person ihren Job bei der HuT gut macht.

In der Praxis hat sich allerdings gezeigt, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene, die sich von der HuT angesprochen fühlen oder sich mit ihr identifizieren, sich der Tragweite der Ideologie nicht bewusst sind. Es ist wichtig hervorzuheben, dass sich sowohl die HuT als auch ihre Sympathisant*innen und Anhänger*innen klar vom sogenannten Kalifat des „Islamischen Staates“ distanzieren. In der Vorstellung der HuT stellt das Kalifat eher eine politische Utopie der Gerechtigkeit dar, in der der eigenen sozial benachteiligten Gruppe eine privilegierte Stellung zukommt. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass einigen Menschen diese Utopie langfristig interessant erscheint und sie ihnen kurzfristig die Möglichkeit zur Teilhabe bietet, weil der oder die Einzelne durch eigene Kraft auf diese Utopie des Kalifats hinarbeitet. In der Kommunikation der HuT sind Schuldige und die Lösung des Problems sozialer Ungleichheit (und eigentlich aller anderen Probleme) schnell ausgemacht: „Der Westen“ („die Mehrheitsgesellschaft“, „die Nichtmuslim*innen“ …) will die Muslim*innen schwächen, den Islam vernichten, und die Rettung liegt in (ihrem) Kalifat. Die Ähnlichkeit zu anderen simplifizierenden Ansprachen aus extremistischen oder populistischen Kreisen ist bezeichnend.

Matthias Bernhard Schmidt

ist islamischer Theologe und arbeitet seit 2015 in der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus. Derzeit leitet er das Präventionsprojekt Kamil 2.0. Zuvor war er in einem Präventionsprojekt in Bremen tätig. 2018 startete er mit Kamil (1.0) ein eigenes Projekt beim Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V. (BIG), das auch Träger des Projekts Kamil 2.0 ist.

Sven-Jonas Martiensen

studiert Islamische Religion/Theologie sowie Germanistik für das Lehramt und ist pädagogischer Mitarbeiter bei Kamil 2.0 (zuvor auch bei Kamil 1.0). Sein Arbeitsschwerpunkt liegt auf der Konzeption, Durchführung und Analyse von präventionsorientierten Bildungsangeboten. Seine fachlichen Schwerpunkte sind Salafismus sowie pädagogische und didaktische Themen.

Fazit und Anregungen für die Praxis

Es ist wichtig zu beachten, dass das Erfahren respektive das Aufgreifen sozialer Ungleichheit lediglich einzelne Aspekte multifaktorieller Prozesse von Radikalisierung sind. So hat sich in Gesprächen mit Sympathisant*innen, Mitgliedern und HuT-Distanzierten ein wichtiger Faktor für den Erfolg ihrer Verheißung einer rosigen, „islamischen" Zukunft herauskristallisiert: Die meisten Anhänger*innen, auch (angehende) Akademiker*innen, können in der Regel kaum auf religiöse Bildung zurückgreifen und besitzen hinsichtlich religiöser Narrative kaum Mündigkeit. Die Relevanz dieses „religiösen Analphabetismus" haben Kiefer et al. (2018) bereits festgestellt. Das bis 2024 im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!" in Trägerschaft des Bündnisses der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e. V. geförderte Modellprojekt Kamil 2.0 verfolgt deshalb einen ganzheitlichen Präventionsansatz, der vor allem Menschen in ihrer Komplexität akzeptieren und mehrere Anknüpfungspunkte für Prävention finden will. Ersteres ist entscheidend, weil die Reduktion der komplexen Ansprachen und Prozesse auf einen einzigen möglichen Faktor dem Individuum nicht gerecht werden kann. Letzteres soll verhindern, nur einen einzigen etwaigen Radikalisierungsgrund isoliert anzugehen und multifaktorielles Zusammenspiel zu unterschlagen.

In unserer Arbeit spielen theologische und weltanschauliche Fragen eine wichtige Rolle, sie werden im Kontext politischer Bildung erörtert und diskutiert. Jugendliche und junge Erwachsene und ihre Bedarfe ernst nehmen bedeutet hier, religiöse Fragen auch als solche wahrzunehmen und zu beantworten, sie um weitere Perspektiven zu ergänzen und in einen Gesamtkontext zu setzen. Als geeignete Angebotsform haben sich politisch bildende Formate erwiesen, in denen wir geschützte Räume zur offenen Reflexion bieten, relevante Impulse geben und Menschen und ihre vielfältigen Anliegen in den Fokus rücken. Religion, religiöse Narrative und Werte werden als Ressource genutzt und nicht, wie so oft im Leben junger religiöser Menschen, schlicht problematisiert. So wird vermieden, Prävention „von oben" zu betreiben oder die Jugendlichen und jungen Erwachsenen lediglich als Gefährdete wahrzunehmen.

Um den Jugendlichen und jungen Erwachsenen demokratische Werte erfahrbar zu machen, sind Methoden zum Erleben von Selbstwirksamkeit zentral. Im Rahmen politischer Bildung können sie erkennen, dass sie als aktiver Bestandteil der Gesellschaft diese auch mitgestalten können und nicht etwa Spielball oder Objekt äußerer Mächte sind.

Literatur

BfV (2020). Aktivitäten der „Hizb ut-Tahrir"-nahen Gruppierungen „Realität Islam" und „Generation Islam" in Deutschland. Bundesamt für Verfassungsschutz, BfV-Newsletter Nr. 1/2020. Abgerufen von: www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/newsletter/newsletter-archiv/bfv-newsletter-archiv/bfv-newsletter-2020-01-archiv/bfv-newsletter-2020-01-thema-14 [19. Oktober 2020].

Kiefer, Michael, Hüttermann, Jörg, Dziri, Bacem, Ceylan, Rauf, Roth, Viktoria, Srowig, Fabian & Zick, Andreas (2018). „Lasset uns in sha'a Allah ein Plan machen". Fallgestützte Analyse der Radikalisierung einer WhatsApp-Gruppe. Wiesbaden: Springer VS.

Pankhurst, Reza (2013). The Inevitable Caliphate? A History of the Struggle for Global Islamic Union, 1924 to the Present. London: Hurst.

Pankhurst, Reza (2016). Hizb-ut-Tahrir: The Untold History of the Liberation Party. London: Hurst.

Radikalisierungsfaktor soziale Ungleichheit?

Rückblick und Implikationen für die zivilgesellschaftliche Extremismusprävention

Charlotte Leikert, BAG RelEx

Rückblick auf die dritte Ausgabe der *Ligante*

In den vorangegangenen Artikeln haben sich Kolleg*innen aus Wissenschaft und Praxis dem potenziellen Zusammenspiel von Radikalisierung und sozialer Ungleichheit aus unterschiedlichen Perspektiven gewidmet. Dabei wurde ebenso ein Grundverständnis dessen vermittelt, was soziale Ungleichheit beinhaltet, wie auch verschiedene Folgen und mögliche Auswirkungen eben dieser diskutiert. Vor allem wurde jedoch die Komplexität beider Felder herausgearbeitet und deutlich gemacht, dass kein monokausaler Zusammenhang zwischen sozialer Ungleichheit und Radikalisierung formuliert werden kann. Neben dieser klaren und keinesfalls überraschenden Erkenntnis haben die einzelnen Beiträge aber auch gezeigt, inwiefern unterschiedliche Dimensionen sozialer Ungleichheit und Hintergründe eines Hinwendungsprozesses zusammenspielen können.

Dieser Beitrag richtet nun den Blick auf die Position zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und geht unter anderem auf ihre Handlungsmöglichkeiten ein. In die Einschätzung aufgenommen wurden Stimmen und Erfahrungen aus den Mitgliedsorganisationen der BAG RelEx. Wir bedanken uns herzlich bei den Kolleg*innen, die ihre Erfahrungen mit uns geteilt haben.[10]

Soziale Ungleichheit im Kontext der Extremismusprävention

Die Diskussion um ein potenzielles Zusammenspiel von Radikalisierung und sozialer Ungleichheit birgt Herausforderungen. Beide Themenbereiche an sich sind hochkomplex und bei einer gemeinsamen Betrachtung dürfen nicht vorschnell vereinfachende Schlussfolgerungen gezogen werden. Dies wurde in den Beiträgen der aktuellen Ausgabe anhand verschiedener Beispiele hervorgehoben. Dementsprechend kann keine kausale Beziehung zwischen sozialer Ungleichheit und der Hinwendung zu einer extremistischen Gruppierung gezeigt werden. Die Gruppe von sich radikalisierenden Menschen ist äußerst heterogen und nicht alle Menschen, die von einer der vielen Formen sozialer Ungleichheit betroffen sind, sympathisieren mit den Ideologien extremistischer Gruppen. Ebenso wenig jedoch lässt sich ein Zusammenhang einfach negieren. Denn, wie in den einzelnen Artikeln deutlich geworden ist, handelt es sich bei sozialer Ungleichheit um ein multidimensionales Konzept. Die einzelnen Dimensionen können sowohl materiell als auch immateriell sein. Neben der ökonomischen Ebene können beispielsweise auch Ungleichheiten in Bezug auf Bildung, Sprache/Sprachkenntnisse, den Zugang zu Wohnraum oder dem Gesundheitssystem vorliegen. Zudem spielen Faktoren wie das soziale Netzwerk einer Person und das Wissen über Verhaltensregeln oder Abläufe eine Rolle (Bourdieu, 1983). Zusammenfassend kann man sagen, soziale Ungleichheit liegt dann vor,

> *„wenn die Ressourcenausstattung (zum Beispiel der Bildungsgrad oder die Einkommenshöhe) oder die Lebensbedingungen (beispielsweise die Wohnverhältnisse) von Menschen aus gesellschaftlichen Gründen so beschaffen sind, dass bestimmte Bevölkerungsteile regelmäßig bessere Lebens- und Verwirklichungschancen als andere Gruppierungen haben. ‚Besser' sind Lebens- und Verwirklichungschancen dann, wenn Ressourcenausstattung oder Lebensbedingungen bestimmter Menschen nach den jeweils geltenden gesellschaftlichen Maßstäben (zum Beispiel bezüglich Sicherheit, Wohlstand, Gesundheit) die Möglichkeit zu einem ‚guten Leben' und zur weiteren Entfaltung der eigenen Persönlichkeit bieten, anderen Menschen jedoch nicht."* (Hradil, 2013, S. 153)

10 Aufgrund der Diversität der Träger und der Komplexität der Diskussion spiegeln die angesprochenen Aspekte nicht die Position aller Mitgliedsorganisationen wider.

Der Einbezug sozialer Ungleichheiten in die Debatte um Hintergründe von Radikalisierungsprozessen erlaubt uns einen Einblick in das feine Geflecht der aktuellen Gesellschaft. Dabei werden Zusammenhänge sichtbar, die andernfalls hinter anderen Konfliktlinien zurückbleiben. Die Analyse sozialer Ungleichheit eröffnet uns die Gelegenheit, die Perspektive zu erweitern und der Komplexität von Hinwendungsprozessen zu begegnen. Außerdem gibt sie uns die Möglichkeit, den Diskurs um Hinwendung zu extremistischen Gruppen im Bereich des religiös begründeten Extremismus zu erweitern und analytisch besser zu bestreiten. Indem wir die Vielschichtigkeit sozialer Ungleichheit anerkennen und in die Analyse miteinbeziehen, können wir uns auch von solchen Diskursen distanzieren, die Radikalisierungsprozesse vor allem im Kontext vermeintlicher kultureller und religiöser Identitäten verorten und diskutieren (wollen).

Handlungsräume und Herausforderungen zivilgesellschaftlicher Träger

Erfahrungen aus der praktischen Arbeit zivilgesellschaftlicher Träger in der Prävention von religiös begründetem Extremismus zeigen, dass unterschiedliche Facetten sozialer Ungleichheit wahrgenommen und thematisiert werden. Somit spiegelt sich in diesen Erfahrungen die multidimensionale Natur sozialer Ungleichheit wider. Die unterschiedlichen Aspekte begegnen Praktiker*innen zum einen im Umgang mit ihren Zielgruppen, zum anderen bedarf es diesbezüglich einer stetigen Reflexion der eigenen Arbeit, um an dieser Stelle nur zwei Punkte zu nennen.

Dementsprechend lassen sich auch bezüglich der Handlungsoptionen zivilgesellschaftlicher Träger unterschiedliche Ebenen ausmachen, die in Makro-, Meso- und Mikroebene gegliedert werden können. Dabei spielen vor allem die Sensibilisierung für die unterschiedlichen Dimensionen sozialer Ungleichheit und das Thematisieren der entsprechenden Dynamiken eine zentrale Rolle. Auf den unterschiedlichen Ebenen ist es wichtig zu unterstreichen, dass soziale Ungleichheit nicht aus einem Versagen der Betroffenen resultiert, sondern aus den historisch gewachsenen gesellschaftlichen Strukturen und ihren aktuellen Erscheinungsformen.

Die Makroebene der Handlungsräume bezieht sich auf den gesellschaftlichen Diskurs, auf den zivilgesellschaftliche Träger, je nach eigenen Kapazitäten und Ressourcen, einwirken können. Gerade im Kontext des religiös begründeten Extremismus ist das von zentraler Bedeutung, handelt es sich doch um ein medial sehr aufgeladenes Thema, in dessen Kontext in der öffentlichen Diskussion oft pauschalisierende Aussagen getroffen werden.

Die Mesoebene kann in einen externen und einen internen Wirkungsbereich gegliedert werden. Im externen Wirkungsbereich haben zivilgesellschaftliche Träger jedoch nur begrenzten Einfluss auf die Handlungsräume und Arbeitsweisen weiterer relevanter Institutionen, etwa Behörden oder Ministerien. Es ist jedoch zentral, eine Sensibilisierung für das Thema auch in diesen Institutionen zu fördern. Dem begegnen zivilgesellschaftliche Träger unter anderem mit Handlungsempfehlungen für Behörden oder mit Schulungen für Lehrkräfte und andere Berufsgruppen innerhalb der Institutionen. Die internen Handlungsräume bedeuten für zivilgesellschaftliche Träger, wie auch für andere Institutionen, die eigene Arbeit(sweise) und Kommunikation zu reflektieren – sei es nun bezüglich der Zusammenstellung des Teams, der eigenen gesellschaftlichen Sozialisierung und Position oder der Ausgestaltung der Angebote. Dabei gilt es sich zu fragen, ob bestimmte Gruppen (ungewollt) stigmatisiert oder tiefer liegende gesellschaftliche Ungleichheitsstrukturen durch die eigene Kommunikation verschleiert werden.

Charlotte Leikert

ist Kommunikationswissenschaftlerin und Referentin für Öffentlichkeitsarbeit bei der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx). Sie studierte Kommunikationswissenschaft und Psychologie in Jena und Nizza und schließt aktuell ihren Master im Fach „Medien und Politische Kommunikation“ an der Freien Universität Berlin ab. In ihrer Abschlussarbeit widmete sie sich der vergleichenden Analyse der Kommunikation islamistischer und rechtsextremer Gruppen.

Die Mikroebene bezieht sich auf die Begegnung mit einzelnen Angehörigen der Zielgruppe, zum Beispiel Klient*innen. In diesen Begegnungen kann ganz konkret über die Erfahrung sozialer Ungleichheit gesprochen und gemeinsam daran gearbeitet werden, den Umgang mit der Situation zu verändern. Dies geschieht beispielsweise durch die Erschließung des Zugangs zu Ressourcen der Klient*innen. In Bezug auf das Aufgreifen sozialer Ungleichheit ist auch die subjektive Wahrnehmung von Betroffenen wichtig. Die entstandenen Gefühle können thematisiert und durch einen Umgang mit ihnen die Selbstwirksamkeitserfahrung gestärkt werden. Dennoch kann es in der Thematisierung und Bearbeitung von sozialer Ungleichheit schwierig sein, die einzelnen Facetten sichtbar und verständlich zu machen. Dies gilt sowohl für Praktiker*innen wie auch für viele Betroffene, für die soziale Ungleichheit zwar spürbar, aber dennoch nur schwer greifbar beziehungsweise in ihrem vollen Umfang zu verstehen ist.

Vor dem Hintergrund, dass soziale Ungleichheit an sich problematische Dynamiken innerhalb der Gesellschaft darstellen, sind die aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten auf der Mikroebene eher „Symptombehandlungen“ in Reaktionen auf gesamtgesellschaftliche Schieflagen. Obgleich sie auf individueller Ebene für die jeweilige Person in einer konkreten Situation eine Verbesserung der Lebenslage beinhalten mögen, darf aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive nicht vergessen werden, die Ursachen für die (erlebten) strukturellen Ungleichheiten anzugehen. Denn soziale Ungleichheiten sind strukturell gewachsen, weshalb ihnen auch auf einer strukturellen Ebene begegnet werden muss. Aus diesem Grund ist es dringend notwendig, sich sozialer Ungleichheit in ihren Facetten auf der Makroebene des gesellschaftlichen Diskurses zu widmen und die entsprechenden Dynamiken und Strukturen sichtbar zu machen. Hinsichtlich der Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Träger sollte jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass ihre finanziellen und zeitlichen Ressourcen begrenzt sind und eine entsprechende Auseinandersetzung nur in diesem Rahmen stattfinden kann.

Ferner stehen Akteur*innen der pädagogischen Praxis vor der Herausforderung der Komplexität des Sachverhalts. Bei den Dynamiken sozialer Ungleichheit handelt es sich um tief in unserer Gesellschaft verwurzelte Strukturen, die internalisiert und nicht immer eindeutig sichtbar sind. So werden beispielsweise einige Aushandlungsprozesse und Konflikte, die ursprünglich auf soziale Ungleichheit zurückgehen, auf anderen Ebenen oder in Verbindung mit anderen Themen ausgetragen. Die Herausforderung hierbei ist unter anderem, in den konkreten Situationen die dahinterliegenden Konfliktlinien zu erkennen und adäquat zu thematisieren.

Fazit

Soziale Ungleichheit ist fester Bestandteil der Gesellschaftsstrukturen, in denen wir leben. Zivilgesellschaftliche Träger im Bereich der Prävention gegen religiös begründeten Extremismus haben als Akteur*innen in diesem gesellschaftlichen Gefüge auf verschiedenen Ebenen Berührungspunkte und Handlungsmöglichkeiten in Bezug auf soziale Ungleichheit.

Sowohl Radikalisierung wie auch soziale Ungleichheit an sich sind hochkomplexe Phänomene. Die Frage nach einer möglichen Beziehung zwischen den beiden ist dementsprechend keinesfalls einfach oder monokausal zu beantworten. Deshalb sind in der Auseinandersetzung die unterschiedlichen Abstraktionsebenen zu berücksichtigen. So bedarf es beispielsweise einer differenzierten Analyse der einzelnen Facetten sozialer Ungleichheit, eines Einbezugs ebendieser in die eigene Arbeit und eines reflektierten Umgangs mit der eigenen Arbeit und der eigenen gesellschaftlichen Position. Die Einschätzungen aus der Praxis bestätigen jedoch auch, dass es für zivilgesellschaftliche Träger fast unmöglich ist, die Strukturen auf einer Metaebene langfristig und nachhaltig zu verändern. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, auf gesellschaftliche Missstände hinzuweisen und die Verhältnisse infrage zu stellen. Die Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit muss unabhängig von der Frage nach ihrem Einfluss auf Radikalisierungsprozesse auf der politischen Agenda stehen.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1983). Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten (S. 183–198). Göttingen: Schwartz.

Hradil, Stefan (2013). Soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft rückt auseinander. In ebd. (Hrsg.), Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde (S. 152–184). Frankfurt a. M.: Campus Verlag.

Schwinn, Thomas (2007). Soziale Ungleichheit. Bielefeld: transcript.

Über die BAG RelEx

Die Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus, kurz BAG RelEx, ist ein gemeinnütziger Verein. Gegründet wurde sie im November 2016 von 25 zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich gegen religiös begründeten Extremismus engagieren. Ziele der BAG RelEx sind die Vernetzung, der Fachaustausch und die Weiterentwicklung auf diesem Themengebiet. Mit mittlerweile über 30 Mitgliedern steht die BAG RelEx für eine große Vielfalt an Ansätzen und Maßnahmen sowie für langjährige Erfahrungen im Arbeitsbereich. Die BAG RelEx versteht sich als Plattform und Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Politik und Öffentlichkeit. Durch verschiedene Formate möchte sie den fachlichen Austausch fördern, Inhalte und Methoden optimieren, Qualitätsstandards in der Präventions- und Ausstiegsarbeit weiterentwickeln und damit das Engagement der Mitgliedsorganisationen stärken. Angebote für eine breitere Öffentlichkeit sollen das Bewusstsein für ein nötiges zivilgesellschaftliches Engagement gegen religiös begründeten Extremismus schärfen.

Die BAG RelEx sieht ihren Auftrag in der Verteidigung der Normen und Werte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Grundgesetzes sowie der Demokratie insgesamt. Ganz vorn stehen dabei die Achtung und der Schutz der Menschenwürde und der mit ihnen verbundenen Rechte sowie das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Die BAG RelEx ist konfessionell und parteipolitisch unabhängig. Seit Januar 2020 ist die BAG RelEx gemeinsam mit ufuq.de und Violence Prevention Network im Kompetenznetzwerk „Islamistischer Extremismus“, kurz KN:IX, vertreten. Die BAG RelEx wird für das KN:IX im Rahmen des Bundesprogrammes „Demokratie leben!” durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. Eine zusätzliche Förderung erfolgt durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE).

Weitere Informationen finden Sie auf *www.bag-relex.de*.

Wer macht was und wo?

Auf dieser Karte sind die Mitgliedsorganisationen und die internationalen Kooperationspartnerschaften der BAG RelEx abgebildet. Viele der Träger haben mehrere Projekte in dem Themenfeld, weshalb hier primär die Träger aufgelistet sind. Weitere Informationen finden Sie auf den trägereigenen Websites oder der Website der BAG RelEx.
(www.bag-relex.de)

1. Kiel

Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V.
www.tgsh.de
https://provention.tgsh.de/

2. Hamburg

basis und woge e. V.
www.basisundwoge.de

Vereinigung Pestalozzi gGmbH
www.legato-hamburg.de
– Legato – Fach- und Beratungsstelle für religiös begründete Radikalisierung

AG Kinder- und Jugendschutz Hamburg e. V. (AJS)
www.ajs-hamburg.de/jus-jugendphase-und-salafismus
– Jugendphase und Salafismus JuS

3. Bremen

Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA)
www.vaja-bremen.de

4. Berlin

Aktion Courage e. V.
www.schule-ohne-rassismus.org

Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V. (AVP)
www.streetwork.online
– Streetwork@online

Cultures Interactive e. V.
www.cultures-interactive.de

Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung e. V. (DEVI)
www.demokratieundvielfalt.de

Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V.
www.gesichtzeigen.de

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e. V. (KIgA)
www.kiga-berlin.org

Regionale Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e. V. (RAA)
www.raa-berlin.de
www.kiez-einander.de

Türkische Gemeinde in Deutschland e. V.
www.tgd.de/projekte

ufuq.de
www.ufuq.de

Violence Prevention Network e. V.
www.violence-prevention-network.de

5. Dortmund

Multikulturelles Forum e. V.
www.multikulti-forum.de

6. Bochum

Verein für multikulturelle Kinder- und Jugendhilfe – Migrationsarbeit e. V. (IFAK)
www.ifak-bochum.de
www.grenzgaenger.nrw

7. Oberhausen und Mülheim an der Ruhr

Ruhrwerkstatt Kultur-Arbeit im Revier e. V
www.ruhrwerkstatt.net/jugend-schule-beruf/wegweiser-ob-mh

8. Duisburg

Verein für Lebensorientierung e. V. (LeO)
www.leoev.org

Prävention Deradikalisierung

9. Düsseldorf

Agentur für partizipative Integration (API) gUG
www.api-ug.de

Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V.
www.clearing-schule.de

Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V. (AVP)
www.integrationavp.de/extremismuspraevention/local-streetwork-online-offline/
– Local Streetwork Online/Offline

Düsseldorfer Wegweiser e. V.
www.wegweiser-duesseldorf.de

10. Köln

HennaMond e. V.
www.hennamond.de

Rat muslimischer Studierender & Akademiker e. V. (RAMSA)
www.ramsa-ev.de/projekte

Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.
www.zentralrat.de

Jugendbildungs- und Sozialwerk Goethe e. V. (Jubigo)
www.180gradwende.de

11. Weimar

Cultures Interactive e. V.
www.cultures-interactive.de

12. Frankfurt am Main

Violence Prevention Network e. V.
www.beratungsstelle-hessen.de

13. Saarbrücken

FITT gGmbH
www.yallah-saar.de
– Yallah! Fach- und Präventionsstelle Islamismus und antimuslimischer Rassismus

14. Heidelberg

Mosaik Deutschland e. V.
http://mosaik-deutschland.de/projekte/extremismuspraevention/

15. Sersheim

Jugendstiftung Baden-Württemberg
www.demokratiezentrum-bw.de/angebote/qualifizierung-praevention-von-religioes-begruendetem-extremismus

16. Stuttgart

Stuttgarter Jugendhaus gGmbH
www.jugendhaus.net

Inside Out e. V.
www.io-3.de

17. Augsburg

ufuq.de
www.ufuq.de/bayern

18. Waren/Müritz

CJD Nord e. V.
www.bidaya-mv.de

19. Eupen/Belgien

Internationale Kooperationspartnerschaft

Kaleido Ostbelgien
www.wegweiser.be
– Wegweiser Ostbelgien

Prävention Deradikalisierung

*Die BAG RelEx versteht sich als Plattform und Schnittstelle zwischen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, Politik und Öffentlichkeit.*

Impressum

Herausgegeben von
Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus e. V.
Oranienstraße 58
10969 Berlin
Tel: 030 92126289
info@bag-relex.de
www.bag-relex.de

Redaktion:
Rüdiger José Hamm, Charlotte Leikert, Jamuna Oehlmann

Lektorat:
Dr. Katja Furthmann
www.lektorat-furthmann.de

Layout:
agnes stein berlin
www.agnes-stein.de

Illustrationen:
BitteschönTV
www.bitteschoen.tv

Druck:
Druckhaus Sportflieger
www.druckhaus-sportflieger.de

Stand: 16.12.2020

© BAG RelEx

ISSN: 2628-7080

Warum *Ligante?*
Die BAG RelEx versteht sich als zentraler Knotenpunkt in einem Netzwerk, das aus zivilgesellschaftlichen Trägern der Präventionsarbeit gegen religiös begründeten Extremismus besteht. Wir verknüpfen jedoch nicht nur Menschen und Organisationen innerhalb der Trägerlandschaft, sondern stellen auch Verbindungen zu anderen Netzwerken, Institutionen, Arbeitsbereichen und Akteur*innen auf nationaler und internationaler Ebene her. Ziele sind der Fachaustausch und die Weiterentwicklung des Präventionsbereichs.

Mithilfe unserer Veranstaltungen und der *Ligante* machen wir die Fachdebatten der Präventionslandschaft einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Schließlich fungiert die BAG RelEx als Ansprechparnerin für Politik, Verwaltung, Medien und Wissenschaft.

Ligante bedeutet Verknüpfung auf Esperanto. Esperanto ist eine geplante Sprache, die vor dem Hintergrund einer Kommunikation auf Augenhöhe entwickelt wurde. Wir sehen in ihr den Versuch, eine möglichst hierarchiefreie Kommunikation zu ermöglichen.

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Gefördert durch die bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

HESSEN

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms
HESSEN AKTIV FÜR DEMOKRATIE UND GEGEN EXTREMISMUS

Die BAG RelEx wird im Rahmen von KN:IX gefördert.
KN:IX Kompetenznetzwerk Islamistischer Extremismus

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA, der Bundeszentrale für politische Bildung oder des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

AG Kinder- und Jugendschutz Hamburg e. V. | Aktion Courage e. V. |
Aktion Gemeinwesen und Beratung e. V. | Akzeptanz, Vertrauen, Perspektive e. V. |
API gUG | basis & woge e. V. | CJD Nord e. V. | Cultures Interactive e. V. | DEVI e. V. |
FITT gGmbH | Gesicht Zeigen! e. V. | HennaMond e. V. | IFAK e. V. | Inside Out e. V. |
Jubigo e. V. | Jugendstiftung Baden-Württemberg | Kreuzberger Initiative gegen
Antisemitismus e. V. | LeO e. V. | Mosaik Deutschland e. V. | Multikulturelles Forum e. V. |
RAA Berlin e. V. | RAMSA e. V. | Ruhrwerkstatt Kultur-Arbeit im Revier e. V. |
Stuttgarter Jugendhaus gGmbH | Türkische Gemeinde in Deutschland e. V. |
Türkische Gemeinde in Schleswig-Holstein e. V. | ufuq.de | VAJA e. V. |
Vereinigung Pestalozzi gGmbH | Violence Prevention Network e. V. |
Wegweiser Düsseldorf e. V. | Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.

ISSN: 2628-7080